

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

294 (16.12.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abon-
nementspreis: Zugestellt monatl. 75 s., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl.
85 s.; am Postkasseler 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 Uhr.
Postfachkonto Nr. 2850.
Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 s. Lokalinsertate
billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/9 Uhr vorm., für größere Inserate
am Nachmittage zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gerd & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Sozialpolitische Erstarrung.

Der Berliner Kongreß christlich-nationaler Arbeiter erhielt am 1. Dezember auf eine Ergebenheitsadresse, die er an Wilhelm II. nach Donaueschingen sandte, eine Antwort, in der es hieß:

Wie in den verflochtenen 25 Jahren meiner Regierung... werde ich auch künftig für die Arbeiterklasse dieselbe Förderung wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbsstände zuteil werden lassen.

Man sieht daraus, daß Wilhelm II. mit der sozialpolitischen Arbeit, die während der 25 Jahre seiner Regierung geleistet wurde, sehr zufrieden ist. In einer berühmten Rede hat er seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Arbeiter eine gesicherte Existenz habe bis in das hohe Alter hinein, und trotzdem vertritt kaiserliche Schuld den nationalen Arbeitern, daß die „Komposthügel“ — entgegen einem andern berühmten Ausspruch — doch noch nicht voll sei. Wilhelm II. will ja auch häufig „der Fürsorge für die Arbeiterklasse die gleiche Förderung angedeihen lassen wie der Wohlfahrt der übrigen Erwerbsstände“, wie z. B. der industriellen Unternehmer und der Agrarier. Die Erkenntnis, daß der Grad der Hilfsbedürftigkeit zwischen den verschiedenen „Erwerbsständen“ verschieden, und daß die Arbeiterklasse der Hilfsbedürftigste aller Erwerbsstände ist, scheint dem Träger der Krone noch nicht aufgegangen zu sein, sie läßt sich ja auch inmitten des höchsten Gebietes nicht leicht gewinnen.

Doch selbst von dem nicht allzu hohen Maße der „Förderung“, das Wilhelm II. in seinem Telegramm den christlich-nationalen Arbeitern zugelegt hat, läßt die Haltung seiner Regierung im Reichstag nichts erkennen. Zwei Fragen sind es, die die Arbeiterklasse heute in ihren Tiefen bewegen: der Schutz gegen die Folgen unverschuldeten Arbeitslosigkeit und der Schutz gegen preisvertreuernde Treibereien auf dem Gebiet der Lebensmittelpflicht. In beiden Fragen hat die Regierung Wilhelm II. glatt verlagert.

Sollen die Arbeiter mit den Christlich-nationalen der Förderung ihrer Wohlfahrt durch Wilhelm II. vertrauen? Oder wollen sie mit ihrer eigenen Sozialorganisation, den modernen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei, rücksichtslos und entschlossen selbst die Führung ihrer Sache in die Hand nehmen? Die Antwort ergibt sich aus den Vorgängen der letzten Zeit von selbst.

Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die allgemeine Arbeitslosenversicherung gefordert, und sie hat verlangt, daß über den 1. April des nächsten Jahres hinaus Einrichtungen zur Abhilfe der Fleischnot geschaffen werden. Die Regierung Wilhelm II. hat in beiden Fällen mit schneidender Klarheit geantwortet, daß sie für die hungernden Arbeiter nichts übrig hat.

Die Sozialdemokratie hat weder in dem einen noch in dem andern Fall etwas verlangt, was etwa utopisch und undurchführbar wäre. Die Durchführbarkeit der Arbeitslosenversicherung ist durch staatliche Einrichtungen in England und Dänemark, durch kommunale Einrichtungen in Deutschland selbst bewiesen. Sie wird vom Deutschen Städtetag, der aus tüchtigen Verwaltungspraktikern besteht, anerkannt. Sie wird neuerdings auch wieder anerkannt in einer Denkschrift der bayerischen Regierung, in der eine öffentliche Zwangsversicherung auf reichsgesetzlicher Grundlage schlechthin für die „beste Lösung“ erklärt wird. Derselbe Denkschrift enthält auch einige Betrachtungen über die Wirkungen der Arbeitslosigkeit, die zwar den Arbeitern nichts Neues sagen, aber dafür Wilhelm II. und seinen Räten zu desto nachdrücklicherem Studium empfohlen sein mögen. Es wird da ausgeführt:

Eine länger dauernde Arbeitslosigkeit hat für die betroffenen Arbeiter und ihre Familien schwere, oft noch lange nachwirkende Schäden zur Folge. Zunächst wirkt schon die durch den Ausfall des Verdienstes hervorgerufene finanzielle Notlage äußerst drückend und verurteilt bei längerer Dauer den Arbeiter oft dessen, was er vielleicht in jahrelanger Arbeit mühsam erworben hat. Dauert die Arbeitslosigkeit nach Erschöpfung des Credits und nach Veräußerung oder Verpfändung der verfügbaren Habe noch fort, so kann es sogar zum vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch und bei dem Mangel einer Wohnung zur Auflösung der Familie kommen. Die während längerer Arbeitslosigkeit eintretende Unterernährung und die sonstigen Entbehrungen führen auch zur gesundheitlichen Schädigung der Familienglieder.

Man darf sich an Wilhelm II. wohl die ergebene Anfrage erlauben, welcher „Erwerbsstand“ mit ähnlichen Sorgen und Qualen zu kämpfen hat? Ein Abgrund des Elends tut sich auf. Zugleich wird das bewährte, von Ministern und Oberbürgermeistern empfohlene, also sicher nicht „revolutionäre“ Mittel gezeigt, dieses Elend zwar nicht zu beseitigen, aber doch einigermaßen zu lindern. Wo bleibt die „Förderung“? Man lese die Rede des Staatssekretärs Delbrück vom 5. Dezember!

Dieselbe Erwähnung in der Reichsfrage. Sier handelt

es sich sogar nur darum, Einrichtungen zu erhalten, die die Regierung selbst im vorigen Jahr auf sozialdemokratisches Drängen geschaffen hat, und die sich mittlerweile trotz ihrer Unzulänglichkeit bewährt haben. Die „Förderung“ der Arbeiterklasse besteht hier darin, daß man nicht nur nichts zu ihrem Schutze aufbaut, sondern das schon Bestehende wieder zerstört. Heißt das der Arbeiterklasse dieselbe Förderung angedeihen lassen wie den übrigen Erwerbsständen. Oder werden hier nicht die „Erwerbsstände“ der Agrarier und Zwischenhändler offensichtlich zum Nachteil der Arbeiterklasse begünstigt?

Es gehört wirklich ein Uebermaß von Illusion dazu, um in dem Kaisertelegramm an die Christlichen den Frühlingsschmerz eines sozialpolitischen Erwachens zu spüren. Selbst die belanglosen Höflichkeiten dieser Antwort auf eine überflüssige Adresse sind mit der Haltung der Regierung Wilhelm II. nicht in Uebereinstimmung zu bringen. Denn will das Kaisertelegramm doch einige Hoffnung erwecken, ohne sich dabei auf Verprechungen festzulegen, so sieht die Haltung der kaiserlichen Regierung im Zeichen einer vollständigen sozialpolitischen Erstarrung. Danach müßten eigentlich auch die christlich-nationalen Arbeiter begreifen, daß die Arbeiter nicht gut tun, sich in Parteien zu spalten und um die Gunst der Mächtigen zu betteln, sondern daß sie einig und geschlossen zusammenstehen müssen, um sich ihr Lebensrecht zu erkämpfen.

Bethmann auf Abbruch.

Die Gerüchte von einer zwar nicht unmittelbar bevorstehenden, aber doch nahen Kanzlerkrise wollen nicht verkommen. So läßt sich jetzt die „Post“ aus Paris telegraphieren:

„In gewissen Pariser politischen Kreisen will man aus Berlin die Andeutung erhalten haben, daß der augenblickliche deutsche Volschaffer in London, Fürst Bismarck, zum Nachfolger des Herrn v. Bethmann Hollweg ernannt werden soll. Denn, so erklären dieselben, in deutsche Verhältnisse eingeweihte Persönlichkeiten, der Kaiser sei seit einiger Zeit, sich des Herrn v. Bethmann Hollweg zu entziehen, da sich dieser seiner Aufgabe, der Verteidigung der kaiserlichen Würde, nicht gewachsen gezeigt habe.“

Die Pariser Nachricht ist wohl nichts anderes als das Echo der Gerüchte, die in den letzten Tagen im Reichstag verbreitet wurden. Wilhelm II. ist danach mit Bethmann ebenso unzufrieden, wie die Konservativen und — freilich aus andern Gründen — die ganze übrige Welt. Man findet den armen Theobald zu schlapp und schwächlich und sucht nach einem fürchteren Nachfolger.

Auch die konservative Presse sieht die Zeit gekommen, sich für den Uebergang zu einem neuen Regime vorzubereiten. Sie richtet gegen den Reichskanzler wegen seiner hinhaltenden Erklärungen zum Arbeitswilligenschuß konzentrische Angriffe und ist auch mit seiner Haltung in der Zaberner Angelegenheit wenig zufrieden. So schreibt Herr v. Bedlitz in der „Post“:

„Daß der Herr Reichskanzler durch die Verhandlungen im Reichstage über den Fall Zaberner an Ansehen nicht gewonnen hat, wird bedauerlicherweise kaum zu bestreiten sein, nicht wegen des Mißbilligungsbeschlusses vom 4. d. M., sondern durch die nahezu unveränderte Art, wie er die Sache der Regierung und seine eigene geführt hat. Daß sich zu jenem Mißbilligungsbeschluss eine so starke und so verschiedene zusammengesetzte Mehrheit vereinigt, ist in der Hauptsache der Rede des Reichskanzlers vom 3. Dezember zuzuschreiben. Sie vor allem war die Quelle der „Mißbilligung“, auf welche der Reichskanzler den Beschluß des Reichstags vom 4. Dezember zurückführte. Herr v. Bethmann liegt die Kleinmuth der Regie nicht, in der sein Amtsvorgänger Weisner war.“

Zufrieden mit Herrn v. Bethmann ist jetzt nur noch die — „Nordd. Allg. Ztg.“. Sie schildert begeistert, wie er lag und seine Klinge führte:

„Die Zaberner Vorfälle unterliegen gerichtlichem Verfahren. Deshalb hat der oberste Reichsbeamte die Pflicht zur Zurückhaltung. Der Reichstag hat sich eine gleiche Zurückhaltung nicht auferlegt. Es sind viel leidenschaftliche Worte gesprochen worden, die alle mehr oder weniger einen Satz barrierten, den niemand angreift und für den sich der Reichskanzler von Anfang an eingesetzt hat, daß nämlich Recht und Gesetz gewahrt werden, Ungeheuerlichkeiten gesühnt werden müssen. Daß die bürgerlichen Parteien dabei nicht von Feindseligkeiten gegen die Armee, sondern die Sorge um die Aufrechterhaltung der Rechtsgüter sich haben leiten lassen, hat auch der Reichskanzler ausdrücklich anerkannt. Mit um so größerer Entschiedenheit wandte er sich gegen die Verleumdungen der Sozialdemokratie, Volk und Armee gegen einander aufzubringen und ihre Verbeugung in die Reihen der Armee hineinzutragen. Ebenso scharf wies er die Verleumdungen, die von den sozialdemokratischen Rednern in völliger Umdeutung des Mißbilligungsbeschlusses gegen unsere verfassungsmäßigen Zustände unternommen wurden.“

Der frampshafte Versuch Bethmanns und seines Blattes, die Sozialdemokratie als „isoliert“ hinzustellen, wirkt nachgerade lächerlich. Die Sozialdemokratie ist in 99 von 100 Fällen „isoliert“ und ist auf diese Isolierung stolz. In der Frage, wie der Mißbilligungsbeschluss zu bewerten sei, ist sie aber zufälligerweise nicht „isoliert“, wie die Verhandlungen des Reichstags beweisen.

Herr v. Bethmann schreit immer, die Sozialdemokratie ist isoliert, um nicht merken zu lassen, wie isoliert er selber ist. Denn mit 110 Abgeordneten mit 4 1/4 Millionen Wählern und einer starken Presse läßt es sich schließlich ganz gut in der „Vereinsamung“ leben. Herr v. Bethmann hat keine Partei mehr für sich, keine Zeitung außer den ausgehaltenen, die sofort nach seiner Abkaltung zu dem neuen Gott schwören wird! Das ist eine Isolierung, die schwerer auszuhalten ist, als die „Isolierung“ der Sozialdemokratie.

Deutsche Politik.

General von Deimling gibt nicht nach!

Vor dem Kriegsgericht in Straßburg, das gegen die Zaberner Rekruten verhandelte, ist festgestellt worden, daß der Leutnant v. Forstner einen höchst ungezogenen Ausdruck auf die französische Fahne angewendet hat. Diese Feststellung hat der Vertreter der Anklage Kriegsgerichtsrat Jena noch ausdrücklich unterstrichen. Trotzdem läßt das Generalkommando des 15. Armeekorps eine Erklärung verbreiten, in der u. a. gesagt wird:

„Diese Ausführung des Anklagevertreters ist lediglich dahin zu verstehen, daß die öffentliche Meinung durch das Schriftstück in der Annahme, die Bezeichnung sei wirklich gefallen, bestärkt worden sei. Ueber die Frage, ob der Leutnant v. Forstner gebrauchte Ausdruck sich auf den Dienst in der Fremdenlegion oder auf die französische Fahne bezogen habe, schwebt noch gerichtliche Untersuchung beim Zivilgericht.“

Die Art, wie das Generalkommando diese Sache behandelt, ist geradezu unerhört und sehr wohl geeignet, von neuem Del ins Feuer zu gießen. Leutnant v. Forstner hat es abgelehnt, daß er mit dem von ihm gebrauchten gemeinen Ausdruck die französische Fahne gemeint habe, in der Kriegsgerichtsverhandlung wurde das Gegenteil ausdrücklich festgestellt. Der General von Deimling aber hält noch immer seine schützende Hand über den Leutnant von Forstner, ja er geht soweit, daß er die Feststellungen des militärischen Staatsanwalts einer Interpretation unterziehen läßt. Die ganze Aktion des Generalkommandos läuft darauf hinaus, daß es nicht erwiesen ist, daß der gemeine Ausdruck auf die französische Fahne gemeint war. Der Leutnant wird natürlich bei seiner Ablehnung bleiben und schließlich wird das Generalkommando zu der Formel kommen: „Die Sache ist nicht einwandfrei aufzuklären, denn es steht Auslage gegen Auslage“. Auch in diesem Falle wird die Militärverwaltung der siegende Teil sein und die Wehrheit des Reichstags wird auch diese Verhöhnung ruhig einstecken.

Militärdiktatur.

Der Macher der Januarwahlen von 1907, Generalmajor Keim, veröffentlicht im „Tag“ einen Artikel über den „Geist des Heeres“, der mit folgendem Satze beginnt: „Wer sich am Heere verlobt, verlobt sich damit am Staate, dessen letzte Autorität es auch ist.“

Die letzte Autorität des Staates ist das Heer. Also nicht Recht und Gesetz, nicht einmal der Kaiser mit seinem verantwortlichen Kanzler, nicht Reichstag und Bundesrat — das Heer ist die letzte Autorität des Staates. Wer die Kanonen und die Maschinengewehre hat, die er gegebenenfalls auch gegen das eigene Volk anwenden kann, der regiert. — Herr Keim hat das Verdienst, dem Programm der Militärdiktatur seine klassische Prägung gegeben zu haben.

Liberaler Scharfmacher.

Das Arbeitgebertum in der nationalliberalen Partei kämpft mit allen Mitteln, um die unklüfftig schwankende Fraktion Wassermann für seine Scharfmacherpläne einzufangen. Neht konzentriert sich dieser Kampf in der geheimen Studienkommission, die die nationalliberale Reichstagsfraktion in Wiesbaden eingesetzt hat. Für diese Kommission sollen die nationalliberalen Vereine im Reich das Material beschaffen. Wie dabei vorgegangen wird, zeigt ein Rundschreiben des nationalliberalen Vereines für Magdeburg, in dem es heißt:

„Euer Hochwohlgeboren bitten wir hierdurch ganz ergebenst, uns Material jeder Art, welches sich für die nachdrückliche Vertretung eines Gesetzes zum Schutze von Arbeitswilligen eignet, zur Verfügung zu stellen und wären wir Ihnen für die Uebermittlung bestimmter Vorschläge ebenfalls sehr verbunden.“

Die Magdeburger Scharfmacher beginnen die Angehörigkeit, dieses Schreiben auch der Ortsgruppe des Bundes der technisch-industriellen Beamten zuzulenden. Damit bewirkten sie, daß ihre Nachenschaften ans Licht des Tages kamen. Man wird aber jetzt wissen, was man von dem „unparteiischen“ Material der nationalliberalen Studienkommission zu halten hat.

Die Antwort, die die nationalliberalen Materialhüter von der genannten Angestelltenorganisation erhalten haben, dürfen sie sich hinter den Spiegel stecken. Es wird darin erklärt, daß ein Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen billiger und schädlich sei und zum Schluß wird erklärt:

Wenn ein besonderer Arbeitswilligenschuß geschaffen werden soll, kann er unseres Erachtens nur zu dem Zweck geschaffen werden, die arbeitswilligen Arbeiter und Angestellten, die wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation gemahnt werden, vor der Beschneidung ihres wichtigsten staatsbürgerlichen Rechtes zu schützen. Wir sind gern bereit, Ihnen Material in reicher Fülle zur Verfügung zu stellen, aus dem Sie entnehmen können, daß ein solcher Arbeitswilligenschuß, mit andern Worten ein Ausbau des Koalitionsrechtes, dringend notwendig ist.

Wollte die Studienkommission unparteiisch verfahren, so könnte sie solche Gutachten zu Tausenden haben. Sie sucht aber — wie durch den Magdeburger Vorgang bewiesen wird — nur einseitig und parteiisch Material, das zur Begründung einer Buchhausvorlage benötigt werden kann. Danach werden auch ihre Ergebnisse zu bewerten sein.

Der Studentenstreik beendet.

Am Dienstag wird im preussischen Kultusministerium eine Abordnung der Studierenden der Zahnheilkunde empfangen werden. Alle Universitäten Preußens werden durch einen Studierenden der Zahnheilkunde in der Deputation vertreten sein, die aber angeblich nur befugt ist, ihre Wünsche vorzubringen. Verhandlungen mit der Abordnung finden nicht statt. Diese sind vielmehr in die Fakultät verlegt, die noch am Dienstagabend zusammenzutreten wird.

Aus Baden wird gemeldet: Der Streik der Studierenden der Zahnheilkunde in Freiburg ist beendet; da die medizinische Fakultät die Einführung des Dokortitels der Zahnheilkunde beim Ministerium für Kultus und Unterricht in Karlsruhe gutgeheißen hat.

Der Streik wird aber wohl auch in den anderen Universitätsstädten als beendet angesehen werden können, nachdem den Studierenden gedroht worden ist, ihnen werde, wenn sie im Streik verharren, das laufende Studiensemester auf ihre Studienzeit nicht angerechnet. — Im Grunde genommen läuft der Streik um den Dokortitel lediglich auf die Möglichkeit einer besseren Schröpfung des Publikums hinaus.

Professorenstolz vor Fürsten.

Bei einem Preisarbeiten der Studierenden der Herzoglichen Technischen Hochschule in Braunschweig, zu dem sich auch der junge Ernst August, der neue Herzog eingefunden hatte, richtete der Rektor der Schule, Medizinalprofessor Dr. Wedert an den Herzog die folgenden Begrüßungsworte:

Eurer königlichen Hoheit Teilnahme an dieser Feier, mit der die diesjährige Preisverteilung verbunden ist, vereinfacht diesem Feste besondere Beize.

Ich begrüße eifrigst den Besuch der königlichen Hoheit bei Hochschule, spreche die herzlichsten Dank für die wertvollsten Beiträge an unserer akademischen Feier aus und verbinde damit die Bitte, Eure königliche Hoheit möge auch in Zukunft an den Geschicken der Carolin-Wilhelmina (Name der Schule) Anteil nehmen und den Bestrebungen derselben Ihr Interesse zuwenden.

Als zeitiger Rektor darf ich Eurer königlichen Hoheit das Versprechen geben, daß wir stets bestrebt sein werden, uns der höchsten Schuld würdig zu erweisen und nach unseren Kräften dazu beizutragen, daß die Herzogliche Technische Hochschule unter Eurer königlichen Hoheit Regierung eine geachtete Lehranstalt der akademischen Jugend und eine Stätte ernsthafter wissenschaftlicher Forschung bleibt.

Ein Bild des Jammers: Der Hochschulprofessor vor dem neugeborenen, jungen Herzog glatt auf dem Bauch!

Ausland.

Schweiz. Konsumgenossenschaft und Arbeitslosigkeit. Auf Antrag der Gruppe Arbeiterbund des Genossenschaftsrats des Allgemeinen Konsumvereins Basel, die die knappe Mehrheit des Rates darstellt, hat dieser einstimmig beschlossen, zur Unterstützung notleidender verheirateter Mitglieder, die, ohne sonstigen Nebenverdienst zu besitzen, seit länger als einem Monat arbeitslos sind, aus dem Betriebsüberschusse des abgelaufenen Rechnungsjahres bis zu 10 000 Frs. auszugeben. Die Unterstützung wird in Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen womöglich noch vor Weihnachten geträgt. Zugleich be-

schloß der Genossenschaftsrat zum gleichen Zwecke auf ein Tagelohn zu verzichten. — Der Verein umfaßt wohl die gesamte Bevölkerung Basels: auf einem Gebiete von 140 000 Einwohnern zählte er Ende 1912 rund 34 000 Mitglieder und erzielte einen Umsatz von fast 26 Millionen Frs.

Nord-Amerika.

Aus der amerikanischen sozialistischen Bewegung. Die Wahlen der letzten Jahre haben glänzenden Fortschritt unserer Partei bekundet. Im vorigen Jahre waren es 1 Million Stimmen: ein streng sozialistisches Votum, da Präsident Wilson so fortgeschritten sei wie ein englischer Arbeiterpartei, ein Mann, der die Stimme jedes Sozialreformers, der nicht wirklich Sozialist ist, erhalten konnte. Dabei stehen der Ausbildung des Wahlrechts große Schwierigkeiten im Wege. Neben jenem Erfordernis offener Stimmabgabe besteht eine unfassig teure Klausel, die zahllose Arbeiter des Wahlrechts verlustig macht. In dem Wahlkreis in Kansas, in dem Gen. O'Hara kandidierte, waren die Aussichten günstig. Da ließ eine große Glasfabrik, die drei Betriebe hat, die Arbeiter zweier Fabriken miteinander tauschen und beraubte durch diesen Ortswahlkreis kurz vor der Wahl 4000 Arbeiter ihres Wahlrechts. Es gibt viele Anhänger der Partei, die unsere Blätter lesen, aber nicht wählen können. In dieser Hinsicht ist der Zustand der Frauen, die weniger den Wohnort wechseln, von großer Bedeutung für die Partei. Weitere Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Sprachunterschied. Im Parteibüro (Chicago) sind nicht weniger als 17 verschiedenenprachige Zentren. Die größte Schwierigkeit aber bietet die Frage: „Der Klassenkampf ist tief, und die große Frage lautet: Was wollen wir mit dem Regier anfangen?“

Badische Politik.

Zum Wahlprotest in Offenburg

Schreibt man uns: Jesuitische Redewendungen. Anlässlich der Siegesfeier des Zentrums führte der Führer desselben in seiner Begrüßungsansprache unter anderem folgendes aus: „Besonderen Eintrag soll nun unserm Sieg tun, daß so und so vielen Sozialdemokraten die Umlage bezahlt wurde, damit sie wählen durften, und die haben natürlich — Sauher gewählt.“

Es liegt eine komische Logik darin, solche Sätze zu sprechen. Warum hat Herr Friedmann nicht auch ausgeführt, daß so und so vielen Zentrumsleuten, und zwar jedenfalls aus der Parteikasse, die Umlage bezahlt wurde? Er gibt es ja selbst zu in dem von ihm an den Landtag eingereichten Gegenprotest. Aber halt, Bauer, das ist etwas anderes! Bei einigermaßen gutem Willen hätte man dies doch auch mitteilen müssen.

Man ersieht hieraus zu Genüge, wie unsere Gegner vom Zentrum die Verdrehung und Verfälschung ihrer Wähler besorgen. Es ist ja eine längst bekannte Tatsache, daß man in politischen Fragen die gleichen Mittel anwendet. Nur mit solchen Mitteln kann man noch die volksfeindliche Politik des Zentrums verteidigen. Diese Partei streut gewissermaßen den Wählern Sand in die Augen, obgleich sie sich bei jeder Gelegenheit rühmt, nur mit anständigen Waffen zu kämpfen. Neulich schrieb Herr Ziegelmeier auch ähnliches, nämlich, daß er immer gewohnt sei, seine Gegner sachlich zu bekämpfen. Wer lacht da? Ausgerechnet der Herr Ziegelmeier, der wohl das allermindeste Recht hat, derartiges zu schreiben. Wir erinnern nur kurz an seine „sachliche Bekämpfung“ der Gegner bei der Ortskrankenkassenwahl und andere Affäre. Es sei noch daran erinnert, daß man die „Koten“ für unfähig erklärte, eine Krankenkasse zu verwalten. Derselbe Herr Ziegelmeier, der ein halbes Jahr vorher an die „Koten“ herantrat, betriebs Wählern eines Kompromisses bei den Gewerbegeichtswahlen. Ist das logisch?

Ein bemerkenswerter Satz befindet sich auch in dem von der „Offenburger Zeitung“ veröffentlichten Gegenprotest der Zentrumsparthei. Es heißt da: „Von Anhängern der Zentrumsparthei ist keinem dieser acht Wähler auch nur mitgeteilt worden, daß die Umlage für sie bezahlt worden ist.“ Wir möchten nun fragen, was ist das anderes als Stimmentauf? Es steht doch unzweifelhaft fest, daß man wußte, daß es sich um totfische Zentrumsstimmen handelte, wenn man diese Leute

nicht einmal zu benachrichtigen brauchte. Oder will Herr Friedmann uns glauben machen, daß es Sozialdemokraten waren, wie er in seiner Begrüßungsansprache ausführte?

Es sollen außerdem von Zentrumsseite noch mehr Steuern bezahlt worden sein. Wir glauben daher, daß der Skandalität dadurch abgeholfen werden könnte, wenn Herr Sauher sein Mandat niederlegen würde, wie Herr Köhler es getan hat auf die vielen Aufforderungen der „Offenburger Zeitung“ hin.

Zentrumskandidatur im 7. Reichstagswahlkreis.

Wie der „Bad. Beobachter“ gestern mitteilt, hat Dekonomierat Schüller der an ihn ergangenen Bitte des Wahlkreis Komitees des Zentrums entsprochen und die Kandidatur wieder übernommen. Es stehen sich also die gleichen bürgerlichen Kandidaten wieder gegenüber wie bei den allgemeinen Wahlen. Nur die sozialdemokratische Partei mußte einen Kandidatenwechsel vornehmen, da der bisherige Kandidat Stadtrat Gen. Mönch-Offenburg es leider aus Gesundheitsrücksichten ablehnen mußte, wieder zu kandidieren. Der sozialdemokratische Kandidat ist, wie bereits gestern berichtet, Redakteur Gen. Geiler-Mühlhausen.

Jetzt heißt es: Stramm an die Arbeit!

Wahltag der christlich-nationalen Arbeiterschaft in Ettlingen.

Unter obiger Ueberschrift veröffentlicht der „Badische Beobachter“ eine Auslassung über die Ettlinger Ortskrankenkassenwahl, in welcher neben persönlicher Anrempelung die Denunziantennatur des Zentrums wieder drastisch zum Ausdruck kommt. Es heißt da:

Genosse Leppert gestand da der christlichen Arbeiterschaft ganz 15 Vertreter zu. Dieses direkt beleidigende Angebot wurde von diesen natürlich abgelehnt und, wie das Wahlergebnis zeigt, mit Recht.

Das ist zum Teil unwarh und zum andern Teil unvollständig, so daß der Leser ein falsches Bild des Vorganges gewinnen muß. Gen. Leppert hat dem „Ausfluß für soziale Angelegenheiten“, der sich nun nach der Wahl als „Christlich-nationaler Anstaltsrat“ entpuppt, nicht 15 Mandate angeboten, sondern sich vor dem Bezirksamt in Gegenwart der christlichen Herren Höll und Sauren auf Anregung des ersteren dahin ausgesprochen, daß die freien Gewerkschaften bereit wären, ein Drittel der zu Wählenden den „Christen“ zuzubilligen, das gleiche, und das verschweiget der „Bad. Beobachter“, jagte auch Herr Höll namens der „Christen“. Daraus ist zu entnehmen, daß auf beiden Seiten eine gemeinsame Wiste nicht gewünscht wurde und zwar deshalb nicht, weil die selben über ihre Wahlstärke keine Klarheit haben konnten. Das ging auch aus der kurzen Ansprache am Ausgang des Bezirksamts hervor. Der „Beobachter“ verschweiget diesen Umstand, weil es ihm sonst nicht möglich gewesen wäre, dem Gen. Leppert „eins anzuhängen“. Anständige Politiker werden ein solches Gebahren allerdings für schamhaft finden, für den Charakter des „Beob.“ ist es gerade noch gut genug.

Dann denunziert der „Bad. Beob.“ und auch der „Bad. Landmann“ den Amtsvorstand in Flug, aber auch niedrig berechnender Absicht, als Freund der Sozialdemokraten, indem er schreibt:

Wiederholungsweise war der Herr Amtsvorstand in Ettlingen der Ansicht, die Liste des freien Gewerkschaftsstellens genüge, man brauche keine andere, es seien das ganz nette Leute, mit denen man auskommen könne. Letzteres mag ja sein, aber ein Oberamtmann, in dessen Bezirk die Sozialdemokratie die größten Heftblätter gegen die Monarchie verbreitet hat, sollte denn doch etwas mehr Verständnis dafür zeigen, daß die christlich-nationalen Arbeiterschaft ihre Ehre darin setzt, auch bei den Krankenkassen eigene Vertreter zu haben. Ueberhaupt hätte der Bezirk Ettlingen, in welchem die Sozialdemokratie Himmel und Hölle in Bewegung setzt, um die Mehrheit bei den politischen Wahlen auf ihre Seite zu bringen, es nicht gerade nötig, daß der oberste Beamte desselben so läte, als gingen ihm die Bemühungen der Sozialdemokratie gar nichts an. Gleiches Recht für alle und Gerechtigkeit für jedermann! Ganz recht! Aber darüber darf der Verwaltungsbearbeiter keinen Zweifel aufkommen lassen,

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

21 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Endlich beginnt die Sitzung; sie dauert von morgens bis abends, jeden Tag, eine Woche lang. Ein feierlicher Augenblick, als einer der Richter mit lauter Stimme den rührenden Brief vorlas, den Puffer seiner Frau und seinem Kinde am Vorabend seines Selbstmordversuches geschrieben hatte.

Der Unglückliche, der von den Gedanken, man könnte ihn, einen bayerischen Referendarius zu Buchhaus verurteilen, bis zum Wahnsinn gefoltert wurde, hatte versucht, sich die Pulsadern zu öffnen. Nun wurde er aufgefordert, sich zu erklären, und er sprach, während auf allen Bänken lautlose Stille herrschte:

„Ich habe versucht, mir den Tod zu geben, nicht weil ich mich schuldig fühlte, sondern weil ich zu Tode erschöpft war von der endlosen Qual einer endlosen Voruntersuchung und der furchtbaren Ungewissheit. Meine Herren, wenn Sie die physischen und moralischen Leiden, die ich seit sechs Monaten durchmache, hätten ertragen müssen, so würden Sie den Zustand begreifen, in dem ich mich befand, und Sie würden meinen Selbstmordversuch vielleicht entschuldigen, den auch ich heute als eine Schwachheit bedauere.“ Die Stimme brach ihm, und er warf sich schluchzend über seine Bank.

Nun hat der Staatsanwalt das Wort. Es ist seine erste Amtstat, denn er ist erst kürzlich ernannt worden. Er verwirft sogleich die Anklage vollständig, aber plädiert sehr geschickt über die anderen Punkte.

Nach ihm spricht Herr Behme, mein Verteidiger. Er bitet um Freisprechung, die durch den Mangel an wirklichen Beweisen, die doch das Gesetz vordreht, bedingt sei, und bitet im Falle Puffel um mildernde Umstände, nicht ohne Puffel einen jähmühen Polizeipisbel genannt zu haben.

Die beiden anderen Verteidiger beantragen ebenfalls Freisprechung für ihre Klienten.

Die Schlussitzung hatte Samstag stattgefunden, die Verkündung des Urteils wurde auf den folgenden Montag festgesetzt.

Montag! Die Vertreter der Presse haben ihre Plätze eingenommen, auf den Tribünen drängt sich die Menge; man sieht elegante Toiletten. Der Staatsanwalt auf seinem Posten, mein Verteidiger, Behme, im Braud, der vom Gericht bestellte Verteidiger Waurys in seinem Kalas nehmen an dem Tische unterhalb unserer Sitze Platz. Herr Sello von Berlin, der Verteidiger Puffer, hat sich entschuldigen lassen. Wangen und Erwartung herrschen im Saal.

Trotz der inneren Bewegung, die uns, zu ersticken droht, wechselt ich mit meinen Mitangeklagten einige ruhige Worte. Endlich öffnet sich die Tür im Hintergrund: einer nach dem andern treten die Richter aus dem Beratungssaal. Sie tragen alle rote Kalare und Barett. Alles erhebt sich, und der Präsident liest mit kaum vernehmbarer Stimme inmitten des tiefsten Schweigens:

„Ingenieur Chorenne von Paris ist in vier Fällen des Hochverrats schuldig befunden, und wird zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt.“

Eine Unruhe geht durch die Tribünen, ein Schrei tönt von da oben her. Dann leßt der Präsident weiter:

„Ingenieur Puffer von Berlin ist schuldig befunden, seiner österreichischen Firma Auskünfte, die die deutsche nationale Sicherheit gefährden, gegeben zu haben, aber in Anbetracht des politischen Bündnisses, das zwischen Deutschland und Oesterreich besteht, findet der Gerichtshof, daß Deutschland kein Schaden daraus erwächst, und verurteilt Puffer zu zwei Jahren Gefängnis. Er wird von der Anklage freigesprochen, seinem Freunde Chorenne militärische Geheimnisse nach Paris auszuliefern zu haben.“

Korrespondent Waurys von Magdeburg wird freigesprochen von der Anklage, durch Vermittlung Puffer an Oesterreich militärische Geheimnisse verraten zu haben, aber schuldig befunden, dem Ingenieur Chorenne in dessen Unternehmungen gegen die nationale Sicherheit des deutschen Reiches geholfen zu haben, und wird zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Alles ist nun vorüber. Der Gerichtshof zieht sich unter

lebhafte Unruhe auf den Tribünen zurück. Puffer und Waurys hatten schmerzlos erwartet und sind fast zufrieden. Ich beglückwünsche sie, sie bedauern mich, ich bin vollständig gleichgültig. So geht es ja manchmal im Leben; die Ungeheuerlichkeit des Geschehens macht mich teilnahmslos. Herr Behme jagte mir am folgenden Tag, das unerwartete harte Urteil habe in der juristischen Welt, die den Prozeß mit Spannung verfolgt habe, große Sensation erregt. Selbst der Untersuchungsrichter und sogar von Tausch selbst gaben zu, daß man zu weit gegangen sei.

Aber die Gerichtsdiener drängen: wir müssen gehen. Ich drücke meinen Unglücksgefährten die Hand, und dann trennen wir uns für lange Jahre, vielleicht für immer. Es ist mir ein Trost, daß das Schicksal meiner Freunde weniger schwer ist, als mein eigenes.

Der Vorhang fällt nach dem ersten Akt des Dramas. Wenn er sich wieder hebt, wie wird die Szene verändert sein! Im Gefängnis türzen die Wächter alle auf mich los „Sieben Jahre Zuchthaus.“ Unmöglich! Sie stehen wie versteinert da.

Man führt mich gleich in die Garderobe und zieht mir den Sträflingsanzug an. Auch eine andere Zelle bekomme ich, ein Erdgesch. Bald kommt mein guter Direktor Brandt, der in großer Galauniform der Urteilsverkündung beigewohnt hat; er kondoliert mir und sucht mich zu trösten. Unbegreiflich ist es ihm, daß ich so ruhig bin.

„Sie ahnen ja nichts gar nicht, armer Freund, was Sie erwartet. Sieben Jahre Zuchthaus in Preußen, — denn in Preußen, nicht hier bei mir werden Sie die sieben Jahre verbringen —, das ist keine Kleinigkeit! Ich für mein Teil würde lieber sieben Feldzüge in Afrika mitmachen. Es haben schon Stärkere als Sie Gesundheit und Verstand dabei verloren. Na, Gott beschlen! Sie können mir glauben, daß ich Sie herzlich bedauere.“

Der gute Sachse drückte mir warm die Hand und ging rasch hinaus. Ich habe ihn nie mehr wiedergesehen.

(Fortsetzung folgt.)

daß er ein unbedingter Gegner der antimonarchischen, revo- lutionären Sozialdemokratie ist. Diese Gegnerschaft bringt man aber nicht dadurch zum Ausdruck, daß man über das, was Recht und Gerechtigkeit gebieten, hinaus Rücksicht auf die Sozialdemokratie nimmt. Das ist Großblodtatt.

Unjere Oberamtänner können vielfach auch heute noch nicht verleugnen, daß sie traditionell nationalliberale Partei- männer sind. Die nationalliberale Politik findet auch in der Großblodtata vielerorts mindestens ihre stillschweigende Billi- gung und Förderung.

Es ist ja nichts neues mehr, daß das Zentrum alles, was nicht direkt zu seinem Vorteil ausartet, als unge- recht befindet. Und der „Bad. Landmann“ hat seiner diesbezüglichen Empörung gegen den Amtsvorstand in Ettlingen auch Luft gegeben, als er bemängelte, daß für die Einzelorte des Raffenbezirktes, in welchen für die freien Gewerkschaften nichts, für das Zentrum aber so gut wie rein alles zu holen wäre, keine Wahllokale eingerichtet worden seien. Das ist doch eine postfaktische Gesellschaft. Die Anwürfe des „Bad. Beob.“ gegenüber dem Oberamt- mann sind aber nichts mehr und nichts weniger, als eine von Nachsicht diffidierte Akt der Gemeinheit. Der Ober- amtman war haben wie drüben bemüht, bei den Wahlen zur Ortskrankenkasse den politischen Gesichtspunkt auszu- schalten; daß er dabei gefagt haben soll, „die Liste der freien Gewerkschaften genüge, man brauche keine andere“, muß nach Lage der Sache eine böswillige Entstellung sein, sonst hätte er sich nicht wiederholt bemüht, uns zu einer Einigung mit dem „Ausschuß für Soziale Angelegen- heiten“ zu bewegen. Daß er uns für „ganz nette Leute hält, mit denen man auskommen kann“ ist allerdings möglich, das ist ja ab und zu auch beim Ettlinger Zent- rum der Fall. So feinerzeit, als zwei Beauftragte der Ettlinger Zentrums-Wahlkomitees bei den Sozialdemo- kraten um Wahlhilfe bitteten und als Gegenleistung in Durlach Zentrumshilfe für die Sozialdemokraten in Aus- sicht stellten, und in den jüngsten Tagen erst, als die Stadt- verordnetenfraktion des Zentrums bei der Bürgermeister- wahl den sozialdemokratischen Vorschlag akzeptierte und den von uns in der Bürgermeis- terkommission vorgeschlagenen wählte, welcher nun Bürger- meister von Ettlingen ist. Man sieht also: „Die Ent- richtung des Zentrums ist gemacht und seine nation- alen und monarchischen Gefühle spekulative Ge- wehle!

Uebrigens ist der „graue Sieg der christlich-nationalen Arbeiterschaft“ in Ettlingen ein Weiberriegel, über den sich nun die „strammen Zentrums männer“ wie Toll- häuser gerieren. Es sind also nur sehr bescheidene Mittel erforderlich, um diese Leute in einen Taumel zu versetzen.

Die Entwürfe der neuen Arbeiterlohnordnung

sowie der Arbeiterdienstordnung (bisher Dienstamtsver- fahrung für die ständigen Arbeiter des Betriebsdienstes) für die Arbeiter der Staatseisenbahnen werden am 29. d. M. mit den Vertretern der Ausschussmitglieder der Arbeiteraus- schüsse unter dem Vorsitz des Generaldirektors der Staats- eisenbahnen, Staatsrat Roth, in einer gemeinsamen Sitz- ung beraten werden.

Steuerpflicht der landwirtschaftlichen Verbände.

Der gr. Verwaltungsgerichtshof hat die Berufung der Zentral-Bezugs- und Abgabengesellschaft des badischen Bauernvereins, e. G. m. b. H., gegen die Steuerveran- lagung verworfen. Der Verwaltungsgerichtshof ging hauptsächlich von der Auffassung aus, daß die Steuerfrei- heit den Vereinigungen von Landwirten, nicht aber den Verbänden solcher Vereinigungen zugute kommen soll. Da- mit werden die landwirtschaftlichen Verbände, die bisher steuerfrei waren, als steuerpflichtig erklärt.

Die Badische Landwirtschaftskammer

wird am Donnerstag, 9 Uhr vormittags, im Sitzungssaal der Ersten Kammer der Landstände zusammentreten. Die Tagesordnung ist sehr umfangreich. Die Kammer wird sich neu konstituieren und den Vorstand wählen, ferner werden nach § 6 des Landwirtschaftskammergesetzes und nach § 3 der Satzungen Mitglieder zugewählt werden. Weiter wird die Vollversammlung den Bericht über die Tätigkeit der Kammer entgegennehmen, den der Vor- sitzende, Alfred Prinz zu Lödenstein, Schloß Langenzell, erstatten wird, die Jahresrechnung für 1912 erledigen, das Budget 1914 aufstellen und verschiedene Wahlen vorneh- men. nördlich stehen noch 14 Punkte landwirtschafts- technischer Natur auf der Tagesordnung.

* Besuch der badischen Hochschulen. Nach der vom Unter- richtsministerium gefertigten Uebersicht ist der Besuch der Sei- delberger Univerfität und der Technischen Hochschule in Karls- ruhe im laufenden Wintersemester gegen das Vorjahr etwas ge- stiegen, während er bei der Univerfität Freiburg um ein Unbe- deutendes zurückgegangen ist. Im letzten Winterhalbjahr betrug der Besuch der Univerfität Heidelberg einschließlich 202 Hörer 2406 und im gegenwärtigen Winterhalbjahr einschließlich 158 Hörer 2567. Während der Gesamtbesuch um 101 zugenommen hat, hat sich die Zahl der ordentlichen Studierenden um 145 ver- mehrt. Die evangelischen Theologen weisen eine Steigerung von 122 auf 166 auf, wovon auf die Badener nur eine Steigerung von 21 entfällt. Auch die Angehörigen der juristischen Fakultät haben um ein Geringes, nämlich von 369 auf 413 zugenommen. Schon härter ist die Zunahme der Zahl der Mediziner, von 734 auf 884. Dagegen ist die Zahl der Angehörigen der philosophi- schen Fakultät von 337 auf 319 zurückgegangen. — An der Frei- burger Univerfität hat sich die Zahl der Angehörigen der rechts- und naturwissenschaftlichen Fakultät ist dagegen um 10, nämlich von 519 auf 509 zurückgegangen, während sich die Zahl der Medi- ziner um die gleiche Zahl gehoben hat, nämlich von 1064 auf 1074. Zurückgegangen ist die Zahl der Angehörigen der philo- sophischen Fakultät von 473 auf 419 und der mathematisch- naturwissenschaftlichen Fakultät von 340 auf 316. Die Zahl der Hörer, die im vorigen Jahr 189 betrug, beträgt gegenwärtig 138. — An der Technischen Hochschule in Karlsruhe befanden sich im letzten Winterhalbjahr 965 ordentliche und 116 außerordent- liche Studierende, sodaß sich die Gesamtzahl mit 1071 auf 1102 gegenüber dem Winterhalbjahr gehoben hat. Die Vermeh- rung gegenwärtigen Winterhalbjahr geboten hat. Die Vermeh- rung trifft ausschließlich die Zahl der außerordentlichen Stu- dierenden. Auch die Zahl der Hospitanten hat sich gegenüber dem letzten Winter vermehrt und zwar von 190 auf 228. Von den Veränderungen in den einzelnen Abteilungen ist bemerkens- wert, daß die Zahl der Studierenden der Architektur von 131 auf 120, der Elektrotechnik von 175 auf 158 herabgegangen, da- gegen beim Maschinenbau von 224 auf 238, beim Maschinen-

weifen von 228 auf 242 und bei der Chemie von 166 auf 171 ge- stiegen ist. Im allgemeinen übersteigt die Zahl der Studierenden an allen drei Hochschulen noch immer ganz erheblich den Bedarf.

Aus dem Landtag.

In der Budgetkommission der Zweiten Kammer

wurde gestern das Budget der Wasser- und Stra- ßenbauverwaltung beraten. Es sind dafür im ordentlichen Etat insgesamt 6 878 760 Mk. angefordert. Davon entfallen 5 133 310 Mk. auf die Zentralverwaltung, 800 140 Mk. auf die Bezirksverwaltung, 3 886 670 Mk. auf den Straßenbau, 774 460 Mk. auf den Wasserbau, 161 730 Mk. auf die Landeskultur und die Feldbereinigung, 710 400 Mk. auf die Katastervermessung, 28 050 Mk. auf die Meteorologie und Hydrographie und 30 000 Mk. auf die Topographie und sonstige Konten. Im außerordent- lichen Etat werden angefordert: für Verbesserung der Landstraße 1 443 870 Mk., für den Wasserbau 585 500 Mk., Verschönerung 74 700 Mk., für Erwerbung eines Bauplatzes in Döffenburg zu einem Dienstgebäude 60 000 Mk., Herstellung einer Neuaufgabe der Verwaltungskarte Baden- s 15 000 Mk. Für die Rheinischschiffahrts- behörde werden im ordentlichen Etat 2620 Mk., für die Verwaltung des Bergwesens 5550 Mk.; für die geo- logische Landesanstalt 49 340 Mk. angefordert. Für die Radiumforschung sind im außerordentlichen Etat 4000 Mk., für außerordentliche Belohnungen und Beihilfen 6740 Mk. vorgefchrieben.

In der Diskussion wurde der Wunsch nach Beschleunigung der Vermessungen und der topographischen Landes- aufnahme ausgesprochen. Die Regierung sagt Verdrück- tigung dieses Wunsches zu. Auf Anfrage erklärt die Re- gierung, daß die Aufhebung der Wiefenbaufchule nicht be- absichtigt sei; es liege dies nicht im Interesse der Ausbil- dung der betreffenden Beamten. Die Löhne der Land- straßenwärter sollen ab 1. Juli 1914 erhöht werden und zwar soll die untere Lohnklasse abgefchafft und die Löhne in den drei oberen Klassen um je 60 Mk. erhöht werden. Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß zwischen den Regierungen Verhandlungen darüber ständen, in wie weit die Besitzer von Kraftwagen zu den erhöhten Lasten für Straßenherstellung herangezogen werden kö- nen. Aus der Mitte der Kommission werden gegen die Veruche dieser Besteuerung Bedenken geäußert. Es sollte zunächst eine gründliche technische Untersuchung dar- über eingeleitet werden, wie die Landstraßen dieser Ver- änderung des Verkehrs anpassen sind. Begünstigt der Teuerung der Landstraßen sei alles mögliche gefchrieben, auch seien noch andere Veruche gegen die Staubluft gemacht worden. Bei einer weiteren Entwicklung des Kraftwagen- verkehrs komme man mit dem jetzigen System der Stra- ßenunterhaltung nicht mehr aus, eventuell müsse man zur Pflasterung der Landstraßen übergehen. Auf Anfrage erklärt die Regierung, daß keine Anweisung besteht, wo- nach die Staatsgeometer den Privatgeometern Konkurrenz machen, vielmehr bestehe eine gegenseitige Anweisung. Bei der Anstellung der Geometer habe die Regierung an dem Grundfatz festgehalten, in erster Linie Badener zu be- rücksichtigen.

Die im ordentlichen und außerordentlichen Etat an- geforderten Summen werden von der Budgetkommission genehmigt.

Kommunalpolitik.

Ein neuer Milchkrieg in Freiburg?

Nach einer verhältnismäßig kurzen Zeitpause laßt der vor- etwa anderthalb Jahren sich abspielende Milchkrieg in Freiburg von neuem auf. Allgemein wurde seither ein Normalpreis von 24 Pf. pro Liter für den Konumenten eingehalten, bis vor weni- gen Tagen die Gesellschaft „Milchverforgung“ mit der Ankündi- gung herortrat, sie und der mit ihr in Verbindung stehende Lebensmittelbedürfnisverein verkaufe die Milch fürderhin zu 22 Pf. Im einem Massenabfall der Kundfchaft vorzugehen, wozu die Milchhändler größtenteils genötigt, das Beispiel nach- zuahmen und die Milch ebenfalls für 22 Pf. zu verkaufen.

Dieses Vorgehen erweckte bei den Milchproduzenten auf dem Lande die Befürchtung einer Schwärzung des Liefe- rantenpreises. Es wurde deshalb auf letzten Sonntag nachmit- tag eine große Protestversammlung in die „Harmonie“ in Freiburg einberufen, zu der die Landwirte aus dem Weis- gau, dem Kaiserstuhlgebiet, aus dem nördlichen Markgräflerland und vom Schwarzwald sich überaus zahlreich einfanden. Der Versammlung wohnten mehrere Landtagsabgeordnete und Mit- glieder der Badischen Landwirtschaftskammer sowie viele Milch- händler an. In scharfen Ausführungen wandte sich der Vor- sitzende der Milchproduzenten von Freiburg und Umgebung gegen die „Milchverforgung“, die durch die Herabsetzung des Milchprei- ses und durch die tägliche Einfuhr von 7000 Liter Schweizermilch die Produzenten schädige. Schließlich wurde bekannt gegeben, daß eine gemischte Kommission, der auch Mitglieder der Stadt- verwaltung angehören, am 12. Dezember zur Frage des Milch- abfchlages Stellung nimmt.

Der Preis der Milch, dieses wichtigsten Nahrungsmittels, darf nicht künstlich in die Höhe getrieben und darauf erhalten werden; das sollten auch die Milchproduzenten einsehen. Mit dem angebotenen Vorkauf wird es wohl nichts werden, denn die Milchverforgung kann heute ganz anders organisiert werden, wie vor 20 und 30 Jahren.

* Folgen einer Bürgermeisterwahl. Dieser Tage wurde eine Untersuchung bezüglich der Bürgermeisterwahl in Laudenbach, zu der mehrere Zeugen geladen waren, von Seiten der großh. Staatsanwaltschaft Mannheim auf dem Rat- hause in Laudenbach vorgenommen. Hierbei wurde der Ländler Georg Passauer 3 hier wegen Weineids verhaftet und sofort in das Amtsgefängnis nach Weinsheim verbracht. Passauer hat unwahre Aussagen gegen den Müller Adam Oberle 4 wegen Wahlbeeinträchtigung gemacht.

* Die Erhaltung von Gärten innerhalb der Städte. Die Besteuerung von Gärten innerhalb der Städte nach dem Bauplatz- wert ist eine Gefahr für deren Erhaltung; eine niedrigere Ein- schätzung würde aber dem Geseß widersprechen und wohl auch zugunsten solcher Grundstücke ausgedeutet werden, deren dauernde Erhaltung als Gärten vom Eigentümer gar nicht beab- sichtigt ist. Auf Anregung des großh. Landeswohnungsinspek- tors hat nun der gefchäftsführende Ausschuß des Verbandes der mittleren Städte Badens in seiner letzten Sitzung darüber be- raten, ob sich ein Ausweg finde. Man kam zu der Ansicht, daß durch einen auch aus anderen Gründen wünschenswerten we- teren Ausbau des Paulafienbuchs gefchlossen werden könnte. Der Eigentümer würde sich dann verpflichten, das betreffende Grundstück dauernd unüberbaut zu erhalten. Diese

Verpflichtung wäre in das Bauplatzenbuch einzutragen und es könnte daraufhin das Grundstück zur Steuer nicht höher einge- schätzt werden, als andere Gärten, die tatsächlich nicht zu Bau- plätzen sich eignen. Wollte der Eigentümer später das Bau- verbot wieder aufgehoben haben, so müßte er hierüber mit Staat und Gemeinde paktieren und eine Entschädigung zahlen, die die entgangenen Abgaben nebst Zins decken würden.

* Bei den Bürgerausschuwahlen in Boderzweier feigte am Freitag in der 3. Klasse die Rathaus-Wetterlespartei bei Abgabe von — sechs Stimmen einstimmig!

* Ungiltige Stadtverordnetenwahlen. Die bürgerliche Mehr- heit in Bunszlau hat die Stadtverordnetenwahl in der dritten Abteilung, die mit dem Siege der vier sozialdemokratischen Kan- didaten endete, für ungiltig erklärt. Die Ungiltigkeitserklärung erfolgte aus den wichtigsten Gründen und trotzdem der einge- setzte Rechtsausschuß zur Prüfung des Protokolls alle Protest- gründe als unbegründet zurückgewiesen und die Giltigkeitser- klärung der Wahl beantragt hatte.

* Gesundheitspflege in Mainz. Die Unzulänglichkeit des Hochspitals war vor vier Jahren Veranlassung, daß die Stadtverwaltung sich entschloß, ein neues, modernes Anforde- rungen entsprechendes Krankenhaus zu erbauen. Es wurden damals 4 Millionen zu diesem Zwecke betitligt; der Bau wurde in Angriff genommen, doch die Fertigstellung verschleppt, wie andere Projekte. Es sei nur an die Errichtung einer Feuerweh- rentrale, Straßenbauten ufw., die auch schon seit Jahr und Tag ihrer Fertigstellung harren, erinnert. Die Zustände im alten Hochspital sind nun derart unzulänglich geworden, daß der ärztliche Kreisverein sich mit der dringenden Bitte an die Bürger- meisterei gewandt hat, die Fertigstellung des neuen Krankenhau- ses nicht mehr zu verzögern. Illustriert wird die Eingabe recht drastisch dadurch, daß in letzter Zeit ein Dienstmädchen im Hochspital durch Infektion seinen Tod gefunden hat, weil zur Isolierung der mit ansteckenden Krankheiten befallenen Kranken es an Raum fehlte. Auch auf die Folgen der Zustände beim Ausbruch einer Epidemie wird hingewiesen. Hierauf hat sich jetzt die Stadtverwaltung entschlossen, den Antrag zu stellen, aus dem Vermächtnis des früheren Chefarztes des Hochspitals 270 000 Mk. zur Fertigstellung des neuen Krankenhauses zu ver- wenden.

* Wohnungsnot in Stettin. In Stettin haben sich auf dem Gebiete des Wohnungsweffens geradezu unhaltbare Zustände herausgebildet. Die sozialdemokratische Stadtverordneten- fraktion hat deshalb einen Antrag eingebracht, wonach 1 Million Mark zum Zwecke des städtischen Wohnungsbaues, d. h. für Ar- beiterwohnungen, in den Etat eingestellt werden sollen. Vor- dem kommunalen Wohnungsbau haben die liberalen Wefter- stände aber eine heilige Scheu und so ist schon heute damit zu rechnen, daß der Antrag unserer Genossen nicht die Mehrheit der Stadtverordneten finden wird. Da viele arme Familien in der Stadt sind, die keine Wohnung bekommen, so ist als eine Notmaßnahme beschloffen worden, eine alte Kaserne um- zubauen und für die Zwecke des vorübergehenden Aufenthalts einzurichten. Am Tage nach der Beschlußfassung, also noch ehe die Räume hergerichtet worden waren, meldete sich bereits eine ganze Anzahl von Familien, die sofort einziehen wollten. Für zehn Familien mußte dann auch sofort Raum gefchaffen werden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde be- schloffen, mehrere Grundstücke zur Förderung des Kleinwo- nungsbaues mit 80 Proz. zu bezahlen. Leider werden damit auch noch keine Arbeiterwohnungen beschaffen, denn der festge- stellte Mietspreis beläuft sich auf durchschnittlich 220 Mk. für einen Wohnraum im Vorderhaus und rund 200 Mk. für einen Wohnraum im Hinterhaus. Einer allgemeinen Baugenossen- schaft, die bisher nur Beamtenhäuser baute, werden Vaugelder bis zu 90 Prozent zur Verfügung gestellt. Neuerdings ist auch die organisierte Arbeiterschaft dazu übergegangen, eine Baugenossenschaft ins Leben zu rufen, die nur Arbeiterwohnhäuser errichten wird.

Gewerkschaftliches.

Aufruf! Bekanntlich stehen die Karbonnatearbeiter in La hr seit Wochen in einem hartnäckigen Lohnkampf. Um mit- zuhelfen, diesen und deren Familien eine kleine Weihnachs- freude zu bereiten, richtet das Gewerkschaftsstell Freiburg an die Gewerkschaften, die in der Lage sind, eine kleine Unter- stützung zu gewähren, die Bitte, ihr Scherlein beim Arbeiter- sekretariat abzugeben. Auch einzelne Personen, die in der Lage sind, Geld oder sonstige Gegenstände zu stiften, wollen ihre Menschenliebe durch eine Unterstützung betätigen. Das Ar- beitersekretariat, Predigerstraße 3, nimmt Geschenke für die Streikenden entgegen.

Soziale Rundschau.

Soziale Wahlen im Kreise Mülhausen i. G.

Durch die mittels kaiserl. Dekrets — übrigens im Einber- ständnis mit dem Landtag — erfolgte Aufhebung der noch aus der französischen Zeit in Elsch-Lothringen bestehenden Ge- werberichte ist die Neuerrichtung auf Grund des Reichsgesetzes über die Gewerberichte und Neuwahlen gemäß dem Verhältnis- wahlrecht mehrfach im Lande notwendig geworden. Die erste dieser Wahlen erfolgte letzten Sonntag für das Gewerbericht Mülhausen, das die Gemeinden des Kreises Hamm, die in das neuerschlossene Kreisgebiet fallen, umfaßt. Mit dem Ergebnis, das erst am Mittwoch festgelegt werden konnte, da einige kreis- liche Landgemeinden solange auf sich warten ließen, können die freien Gewerkschaften wohl zufrieden sein: sie erzielten für ihre Liste von Arbeitnehmerbesitzern rund 6500 Stimmen mit Neben- gewählten, während die „christlichen“ Gewerkschaften durch- schnittlich 2700 Stimmen mit drei Gewählten erlangten. Die vorher für das neuerrichtete Gewerbericht St. Ludwig noch auf Grund des Majoritätssystems erfolgte Wahl ergab bei den Arbeitnehmerbesitzern den glatten Sieg der freien Gewerks- schaften mit etwas über 500 Stimmen, da die Christlichen es gar nicht riskiert hatten, ohne Proportionalwahlrecht in den Wahlkampf einzutreten.

Die im November stattgefundenen Wahlen zu den Orts- krankenkassen Mülhausen-Stadt und Mülhausen-Land endigten in Mülhausen-Stadt bei den Versicherten mit der Zuerkennung von 35 Vertretern (bei 2522 Stimmen). Für die freien Gewerks- schaften, 20 Vertretern (bei 1457 Stimmen) für die „Christ- lichen“ und 5 Vertretern (348 Stimmen) für die Besondere Liste der weiblichen Vertreter. Bei den Arbeitgebern erlangten die freien Gewerkschaften zwei Vertreter (32 Stimmen gegen 61 und 410 Stimmen von zwei gegnerischen Arbeitgeberlisten). Für die Ortskrankenkasse Mülhausen-Land wurden von den Versicherten abgegeben 1018 Stimmen für eine unabhängige „christliche“ Liste, die 32 Vertreterliste bekam und 884 für die Liste der freien Gewerkschaften; auf die 28 Ausschußvertreter entfielen. Die „Christlichen“ verbanden ihre Mehrheit von 134 Stimmen hier nur dem Umstand, daß sie ein paar ganz un- sichere Kantonten aufstellten, die zugleich Unternehmerkandi- daten waren.

* Ortskrankenkassenwahlen in Dresden. In Massen sind die Anhänger der Liste des Gewerkschaftsstell zur Wahl ge- gangen, sodaß in einzelnen Wahllokalen zeitweise ein beängstigen-

des Gedränge entstand. Auch die Frauen und Mädchen haben ihre volle Schuldigkeit getan. Von den Arbeitnehmern wurden zusammen 51 540 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Liste 1 (Gewerkschaftsliste) 47 391 Stimmen und die Liste 2 (nationaler Ausschuss) 4149 Stimmen.

Aus Bretten schreibt man uns: Das Ergebnis der Krankenkassentwahl läßt unsere Gegner nicht zur Ruhe kommen. Nachdem diese auf die Mehrheit gerechnet haben und alles zu Wasser geworden ist, folgt die Kassenjammervorstellung.

Gewerbegerichtswahl in Meisen. Einen schönen Erfolg der freien Gewerkschaften bedeutet der Ausfall der Wählerwahl zum Gewerbegericht Meisen-Land. Es waren je 20 Arbeiter- und Unternehmerstimmen zu abgeben.

k. Weingarten, 14. Dez. Milchzeugerversammlung. Letzte Woche fand im "Möhl" eine Milchzeugerverammlung statt, die sich mit der Milchpreisfrage befachte.

Wir wissen und erkennen es gerne an, daß die Mehrheit der Landwirte diese betrügerischen Kniffe ebenso entschieden verurteilt, wie wir selbst. Allein damit ist es nicht getan.

Soll auch in Baden der Ärztestreik am 1. Januar perfekt werden?

Die Freie Vereinigung Bad. Krankenkassen hat folgendes Schreiben an ihre Kassen ergoßen lassen: Immer noch schwört die Kassenartztfrage zwischen Krieg und Frieden, obwohl selten mit gleicher Einmütigkeit die öffentliche Meinung der Frieden durch eine Schlichtung des Streites in Deutschland im Sinne einer gegenseitigen Verständigung herbeigeführt hat.

Nach der Vertrauensmännerversammlung des Leipziger Ärzteverbandes vom 7. d. M. in Leipzig im Hinblick auf die neueste Haltung der preussischen Regierung haben wir sofort wieder mit der badischen ärztlichen Landeszentrale Fühlung genommen, um wegen des Vollzugs der örtlichen Verträge zu beraten und um ev. Gegenmaßnahmen ergreifen zu können.

Die Verhältnisse im Reiche haben sich nun derart verschärft, daß die badische Ärzteschaft glaubt, den in unserem Kundschreiben vom 20. v. M. den Verhandlungsmitteilungen Standpunkt beibehalten zu müssen. Allerdings sollen in Baden die besonderen Beziehungen zwischen Ärzten und Kassen in Rücksicht gezogen werden, derart, daß jede unnötige Schärfe ausgeschlossen wird.

Die badische ärztliche Landeszentrale hat hierüber folgende Erklärung abgegeben:

Für den Fall, daß ein vertragsloser Zustand auch in Baden ab 1. Januar 1914 eintreten müßte, werden die Ärzte angewiesen, bei denjenigen Krankenkassen, welche den Lokalvertrag bis zur Unterschrift vorbereiten oder welche das vereinbarte Vertragsmuster gleich den Ärzten als Grundlage der Lokalverträge anerkennen, das bisherige Verfahren beizubehalten.

Scharfe Maßnahmen bleiben aber vorbehalten gegenüber Krankenkassen, die den Ärzten den Kampf androhen oder ansetzen. Als Kampfjahre wird betrachtet: jeder Versuch auswärtige Ärzte heranzuziehen oder mit anständigen Ärzten unter Umgehung der zuständigen Krankenkassenkommission direkte Beziehungen anzuknüpfen oder Vereinbarungen zu treffen; ferner der Versuch, mit nicht approbierten Personen zum Zweck der Beschaffung von Krankengeldbeitragsleistungen (vor dem 1. Januar) in Verhandlung zu treten.

Hierzu ist zu bemerken, daß sich die badische Ärzteschaft im Falle eines ferneren gegenseitigen Einvernehmens auch bereit finden will, die Honorierung später mit Rückwirkung nach dem Kassenarztvertrag zu reduzieren, jedoch also ein unerträgliches Honorar-Risiko während der vertragslosen Zeit nicht in Betracht käme.

Nach dem Stande dieser Verhandlungen konnten wir nicht umhin, alsbald den Ausschuss zu einer Sitzung einzuberufen und zu derselben noch einige Vertreter größerer Orts- und Betriebskrankenkassen einzuladen; auch dem Vertreter der ärztlichen Landeszentrale wurde Gelegenheit zur Darlegung deren neuesten Erklärung gegeben.

Der Ausschuss war in seiner gestrigen Sitzung der einstimmigen Meinung, daß die Kassen unter keinen Umständen in der Lage seien, ein längeres Zuwarten zu billigen d. h. in einen vollständig vertragslosen Zustand einzutreten. Entweder müßte die ärztliche Landeszentrale für die örtlichen Verträge alsbald Verfügung zum Vollzug der Unterschrift geben oder es müßte ein Hilfsmittel zur Befreiung aus der kritischen Lage der Krankenkassen dadurch geschaffen werden, daß die Landeszentrale ihre Zustimmung zum Abschluß von Interimsvträgen auf die Dauer von 3 bis 6 Monaten gebe.

Der Ausschuss gab seine Auffassung ferner einmütig dahin kund, daß — falls weder ein vorübergehender noch ein ständiger ärztlicher Vertrag ärztlichseits unterschrieben werden wolle — der § 370 R.W.O. seitens aller badischen Kassen angerufen und praktisch vollzogen werden müsse.

Sollte es zu unserem Bedauern soweit kommen, dann ist auch der Kampf in Baden nicht mehr von der Hand zu weisen und wir sind in diesem Falle beauftragt, eine außerordentliche Landesversammlung auf Sonntag, 21. d. M., mittags 12 Uhr nach Karlsruhe einzuberufen.

Es wird also am Sonntag entschieden werden, ob auch in Baden der für Krankenkassen wie für Arzt unerwünschte Zustand des Kampfes eintreten wird.

Wir wünschen beiden Teilen besonnenes Abwägen ihrer Beschlüsse, damit das bis jetzt bestandene gute Einvernehmen auch fernerhin bestehen bleibt.

Neues vom Tage.

Heine-Denkmal. Frankfurt a. M., 13. Dez. In der Friedberger Anlage wurde heute mittig in Gegenwart einer großen Festgemeinde, wozu sich die beiden Bürgermeister von Frankfurt, zahlreiche Stadträte, Landtagsabgeordnete und Schiffsjunker befanden, das von dem Berliner Plastikfer Georg Kolbe geschaffene Heine-Denkmal enthüllt.

Schweres Eisenbahnunglück. Chemnitz, 15. Dez. Gestern abend ereignete sich bei Brunsdorf im Tunnel, der durch den Garraß-Tunnel führt, ein schweres Unglück. Der im Chemnitzer Bahnhof um 10 Uhr 44 Minuten fällige Personenzug ist zum größten Teil verschüttet worden.

Dresden, 15. Dez. In der heutigen Nachmittagsitzung der Zweiten Kammer gab Finanzminister von Seidewitz vor Eintritt in die Tagesordnung eine Darstellung des schmerzlichen Unfalls bei Brunsdorf, das nach den bisherigen Ermittlungen auf außergewöhnliche Naturereignisse zurückzuführen sei.

Duisburg, 15. Dez. In der letzten Nacht wurde die Gewerkschaft "Sachtleben" in Duisburg-Grumbach von einem verheerenden Großfeuer heimgesucht, das in der Fabrikmühle der Gewerkschaft entstand.

Thale a. Harz, 15. Dez. Im Hauptfabrikgebäude der hiesigen Gesellschaft für Steinfabrikation und Bergbau-Betriebe entstand Großfeuer. Es wird Brandstiftung vermutet.

Zum Brande des Schweriner Schlosses.

Schwerin, 15. Dez. An den Vorbereitungen beim Brande des Schlosses beteiligten sich auch Grenadiere vom 89. und Kavalleriere vom 60. Regiment. Es gelang, aus den gefährdeten Teilen des Schlosses alle Kostbarkeiten zu retten.

Wintergewitter und Sturm. Berlin, 15. Dez. Der gestrige silberne Sonntag stand im Zeichen eines schweren Wintergewitters, das in Verbindung mit einer eifigen Kälte, Regen und orkanartigem Sturm in fast allen Teilen Berlins, besonders in den Vororten, großen Schaden angerichtet hat.

Paris, 15. Dez. Der wegen Ermordung des Direktors der Ironenfabrik von Mont Berrin bei Aix zur Deportation verurteilte Baisli wurde nach der Teufelsinsel gebracht und dort von einem Mitsüßlinge, der am Fieber Delirium litt, erschossen.

Schlechte Romanliteratur. Paris, 15. Dez. Die 15jährige Tochter Marguerite des reichen Fabrikanten Lima ist das Opfer schlechter Literatur geworden.

Engelmacherei ein gross. Paris, 12. Dez. In Montargis wurden drei Mitglieder einer Bande von "Engelmachern" verhaftet, die ihr Unwesen in ganz Frankreich und sogar im Auslande getrieben haben.

Folger des Nitolausentzugs. Prag, 14. Dez. In Erlebicum kam der Handwerksmeister Körner als Nitolaus verkleidet in das Haus seines Nachbarn.

Mordprozeß gegen Kaplan Schmidt. New-York, 12. Dez. In dem Mordprozeß gegen den deutschen Pastor Schmidt bezichtigte der Hilfs-Oberstaatsanwalt Delliand die Tat als einen von langer Hand vorbereiteten gemeinen, schmutzigen Mord, an dem nichts außergewöhnliches sei, außer der Art der Ausführung und der Befestigung der Leichenteile.

Berichtszeitung.

Aus der Karlsruher Strafkammer. Sitzung vom 5. Dezember.

Am 5. Oktober ds. Js. wurde der Schlofer R. J. von Naftall aus einem bayerischen Gefängnis entlassen und kam gänzlich mittellos nach Karlsruhe. Um sich Geld zu verschaffen, fuhr er ein Fahrrad und einen Handwagen und verkaufte beides bei einem Altändler.

Unterhaltungsbblatt zum Volkstremd. Bedeutung der produktiven Kraft im durchdringlichen wir das durch, das auf dem Gebiet der Gemalte tunpflichtige etwas Neues darbietet und — was man von wichtig, die

Aus dem Lande.

Durlach.

Auf zur Protestversammlung heute abend im „Grünen Hof“.

Auf die Fraktionsführung unserer Bürgerauschussfraktion, die am Mittwoch abend im „Darmstädter Hof“ stattfindet, sei an dieser Stelle aufmerksam gemacht.

Sozialdemokratischer Verein. In der Mitgliederversammlung vom letzten Samstag abend hielt Genossin Knicht einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Der Kampf ums Dasein und die Frau“.

Der Kampf ums Dasein und die Frau. Sie stigmatisierte zunächst die Stellung, welche die Frau im grauen Altertum eingenommen habe, wie auch die Stellung, die ihr dann das Christentum und ihm folgend, Staat und Gesellschaft im Mittelalter und bis in die neuere Zeit anwies.

Bruchsal.

Arbeiterlos. Wie langjährige Dienste bei den Arbeitgebern belohnt werden, zeigt folgendes Geschick in der Möbel- fabrik Lampert.

17 Jahre lang hat sich in diesem Betriebe ein Maschinenarbeiter zur Zufriedenheit seines Arbeitgebers abgemüht und abgeschuftet. Über wie alles ein Ende hat, so auch die Zufriedenheit.

Ettlingen.

In einer öffentlichen Volksversammlung, die am Sonntag den 14. Dezember im „Traut-Saal“ stattfand und die sehr gut besucht war, sprach Reichstagsabgeordneter Gen. Dr. L. Duesel-Darmstadt über „Militarismus und das Volk“.

Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. In packender Rede schilderte er die Katastrophe der Militärbürokratie, deren Vorgehen als großer Rechtsbruch bezeichnet werden mußte.

Vaden-Baden.

Zur Krankentafelwahl. Das Gewerkschaftsstatut hat in seiner Sitzung vom letzten Samstag beschlossene, die Wahl zur Krankentafel wegen der vorgekommenen unerhörten Verstöße seitens der Christen anzusehen.

Dienstadt.

Protestversammlung. In einer gutbesuchten Versammlung protestierte gestern abend die Offenburger Arbeiterschaft gegen Militärdiktatur und Selbstherrlichkeit.

Korbinian (A. Ettlingen), 14. Dez. Der am Tag der Bürgermeisterversammlung verlorene Sohn des Säckermeisters Durlach hat in seinen Verletzungen erlegen.

Seidelberg, 12. Dez. Das gerichtliche Verfahren gegen den Bürgermeister Friedrich Weisel in Kirchheim, der seinen Nach-

bar Kocher mit der Jagdflinte vom Dach herunterstieß und tötete, ist eingestellt worden. Da sich Zweifel an der geistigen Zurechnungsfähigkeit Weisels herausstellten, war er zu einer sechs- wöchigen Beobachtung überwiesen worden.

Wiesloch, 12. Dez. In Neitingheim ereignete sich ein fahrender Unglücksfall. Der 16jährige Sohn des Schuhfabrikanten Kleinnagel wurde von der Betriebsmaschine erfasst.

Mannheim, 14. Dez. Der Profurist der Firma Alfred Glaser, der in den vier Jahren stehende Alfred Glaser, ist seit nahezu 14 Tagen vermisst und wird wegen Unterschlagung von 100 000 Mark von der Staatsanwaltschaft verfolgt.

Mannheim, 14. Dez. Ein roter Patron. Der Hand- sammel in der Alphonstrasse 47 betreibt mit Hilfe eines Pferdes einen kleinen Handel. Dieser Tage nun ließ er die Wästel laut werden, sein Pferd zu fähren.

Rehl, 14. Dez. In der Cellulosefabrik Trieb in Rehl wurde am Samstag abend ein Arbeiter aus Hohenweier verhaftet.

Weisbach, 12. Dez. Der Jagdmeister Graf Heinrich schloß sich in seiner Wohnung auf das geladene Gewehr. Die Waffe entlief sich und der Jagdmeister erlitt schwere Schrot- wunden.

Emmendingen, 14. Dez. Im Schaufelberg der Möbelfabrik- nereei S. Schneider entstand infolge Austritts von Gas eine kleine Explosion, wodurch die ausgestellten Kleppde und Vor- hänge von Brand gerieten.

Falkenstein, 14. Dez. Beim Bau einer Holzhütte im Walde oberhalb des Hirschgartens fiel der Holzarbeiter Dechle so unglücklich vom Dache auf einen Baumstumpf, daß ihm ein Ohr fast ganz abgerissen wurde und er auch innere Verletzungen erlitt.

St. Blasien, 14. Dez. Vier als Kaufleute bekannte, teil- weise schon vorbestrafte Burichen überfielen ohne jede Ur- sache in Schlagen zwei friedlich ihre Wege gehende Leute von Horbach und Wittenshausen und schlugen mit Knütteln auf sie ein.

Walzingen, 14. Dez. Bei den Grabarbeiten zur Wasser- leitung des neuen Schulhauses stieß man auf einen Mann u. a. S. 10 53 a h n von zwei Meter Länge. Der seltene gut erhaltene Fund wurde jedoch beim Aufgraben ziemlich beschädigt.

Gold- und Silberwaren und Taschenuhren sind durch § 56 der Reichsgewerbeordnung vom Hausierhandel ausgeschlossen. Die Verletzung dieses Paragraphen wird mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu vier Wo- chen bestraft.

Aus der Stadt.

Karlruhe, 16. Dezember.

Wahltag — Zähltag.

Einen schönen und erfreulichen Erfolg für die freien Gewerkschaften bedeutet der Ausfall der am gestrigen Tage stattgefundenen Vertreterwahlen zur Allgemeinen Orts- krankenkasse.

Zu den besten Ergebnissen führten die Wahlen nach dem Verhältniswahlrecht. Mit großen Hoffnungen zogen deshalb alle die verschiedenen Persönlichkeitsorgani- sationen und Organisationen in den Kampf, auf tat- kräftigste Unterstützung durch das Geld der Unternehmer; sie alle wollten mithelfen an der Vernichtung der freien Ge- werkschaften, wollten auch ihren Broden haben beim Ver- teilen.

Der „Mittebadische Kurier“ konnte es sich nicht verkneifen, anlässlich dieser Versammlung am Samstag zu schreiben, daß die Ereignisse in Zabern das Agitationsmaterial abgeben müssen. Diese Bemerkung war höchst überflüssig.

Mitteln diese Gesellschaft gearbeitet hat. Verlogenheit und Verleumdung war Trumpf bei den Gegnern während der ganzen Wahlkampfes. Vor nichts scheuten die Gegner zurück. Die „Christen“ bettelten Geld bei den Unter- nehmern, die Frauen des Bürgertums scheuten sich nicht, Namen von Arbeiterinnen auf ihre Liste zu setzen, die keine Ahnung von diesem Mißbrauch ihres Namens hatten. Ebenso machten es die Liberalen. In dieie listen sie welche. Da findet sich z. B. bei diesen auf der Liste der Name Karl Kaltenbach, Werkführer, Winter- strasse 44, beschäftigt in der Müllerischen Goshuchdruckeri.

Table with 5 columns: Verwaltungs- Gebäude, Gebäude, Beiertheim, Müppurr, Hagfeld, Dillstadt, Mühlgrund, Daxlanden. It lists various administrative and building details for different locations.

Es erhalten Vertreter: Die freien Gewerkschaften 57, die Hirsch-Dunker geben entsprechend ihrer Bedeutung leer aus, die „liberalen Arbeitnehmer“ 2, die „vereinigten Frauenvereine“ 1 und der „soziale Ausschuss“ 7.

Für die Volksrechte! — Gegen Militärdiktatur!

Donnerstag Abend 1/2 9 Uhr, spricht im kleinen Festhalla- saal Reichstagsabgeordneter Dr. L. Duesel-Darmstadt über die Vorgänge in Zabern und die Behandlung derselben im Reichstag.

Eisenbahner-Versammlung. Der Süddeutsche Eisenbahnerverband hielt Sonntag vormittag im „Apollo“ eine öffentliche Eisenbahnerversammlung ab, die sehr gut besucht war.

Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise. In packender Rede schilderte er die Katastrophe der Militärbürokratie, deren Vorgehen als großer Rechtsbruch bezeichnet werden mußte.

Seidelberg, 12. Dez. Das gerichtliche Verfahren gegen den Bürgermeister Friedrich Weisel in Kirchheim, der seinen Nach-

Arbeitgeber, der von seinen Arbeitern auch das Letzte noch herauszuholen will. Das Gefährliche bei der Affordarbeit liegt zunächst darin, daß der Arbeiter die notwendigen Grenzen beim Arbeitstempo nicht einhält, sodaß seine Gesundheit darunter über kurz oder lang Schaden leiden muß. Dann wird auch durch die Affordarbeit die Solidarität der Arbeiter untergraben, denn der schwächere Arbeiter hat unter der Anfeindung seiner Nebenarbeiter sehr zu leiden, da er das Existenztempo bei der Arbeit nicht einhalten kann. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß dem Arbeiter, der seine Pflicht erfüllt, die Mittel zur Existenz nicht versagt werden dürfen. Wenn im Organ des badischen Eisenbahnerverbandes mit heuchlerischer Miene geschrieben wird, daß im süddeutschen Verband die Ansichten über die Affordarbeit „nun auch“ geklärt seien, so muß demgegenüber in aller Öffentlichkeit in nachdrücklichster Weise gesagt werden, daß der süddeutsche Verband noch nie Zweifel darüber hat aufkommen lassen, daß er ein entschiedener Gegner der Affordarbeit ist. Der letzte Landtag hat sich die erdenklichste Mühe gegeben, soviel als möglich für die Arbeiter herauszuschlagen. Wir haben bei der Staatsbahn noch Lohnverhältnisse, die wir ruhig als traurige bezeichnen können. Der Redner schilderte einen Fall, in dem eine Arbeiterfrau, die sich bei ihm über die Löhne bei der Eisenbahn erkundigte, erklärte, bevor sie ihren Mann an die Bahn lasse, gehe sie lieber selber in die Fabrik, da sie mehr Lohn dort erhalte, als ihr Mann bei der Bahn bekommen würde.

Im § 5 der neuen Lohnordnung handelt es sich darum, von welchem Zeitpunkt an der Grundlohn gewährt werden soll. Wir haben immer verlangt, daß ihn Handwerker vom 20. Lebensjahre an und Nichthandwerker vom 18. Jahre an erhalten sollen. Die neue Lohnordnung geht auch in diesem Punkte über die Wünsche der Arbeiter hinweg, da nach ihr der Grundlohn erst vom 22. Lebensjahre an bezahlt wird. Die Arbeitervertreter, die an der Plenaritzung teilnehmen, werden in diesem Punkte unter seinen Umständen das geringste nachgeben. In der alten Lohnordnung ist ein Paragraph enthalten, nach dem ältere Arbeiter, die in späteren Jahren bei der Bahn in Arbeit treten, einen erhöhten Lohn erhalten können. Dieser Paragraph ist auch in der neuen Lohnordnung wieder enthalten, er wird aber in der Praxis keinen Wert haben, wie aus einem Schriftstück hervorgeht, das der Redner verlas und in dem besagt wird, daß „wegen der fortgeschrittenen Verjüngung vom 1. Oktober ab die Gewährung des erhöhten Lohnes eingeschränkt wurde.“

Für viele Arbeiterkategorien, die schon lange eine Steigerung zu Lage verdient hätten, so die Wagenreiniger, die Maschinenhausarbeiter usw., ist auch in der neuen Lohnordnung wieder nichts vorgesehen. Daß diese Arbeiter, die ganz besonders schmutzige und widerliche Arbeiten verrichten müssen, mit besonders dankbarem, zufriedenen Blick zur Verwaltung aufblicken werden, wird diese wohl selbst nicht glauben. — Im § 9 der neuen Lohnordnung ist vorgesehen, daß Zeitlohnarbeiter mit 30, 25 und 20 Prozent Zuschlag entlohnt werden. Demgegenüber muß die Plenaritzung unbeugsam an ihrem Grundsatze festhalten, daß alle Zeitlohnarbeiter nicht unter 30 Prozent entlohnt werden dürfen. Die Maschinenarbeiter hatten früher einen Lohn von 25 Prozent, während sie jetzt nur noch 15 Prozent erhalten, auch wenn sie bei ihrer Anstellung als Maschinenarbeiter schon 10 Jahre bei der Bahn beschäftigt waren. Für die Geiger hat man zwar auf dem Papier die vom Bundesrat vorgeschriebene achtstündige Ruhezeit vorgesehen, aber in der Praxis wird diese Ruhezeit nicht eingehalten.

Die neue Dienstverweisung für die Betriebsarbeiter erinnert lebhaft an Bayern. Die darin enthaltenen §§ 3—10 reden von nichts als Pflichten und wieder Pflichten und die §§ 11—13 handeln von Strafen, in denen zwar nicht mehr gesagt ist, daß der Arbeiter mit Gefängnis bestraft wird, in denen aber immer noch Strafen bis zu 10 W. vorgesehen sind.

Wenn den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht Rechnung getragen wird, kann es für die Plenaritzung nur eine einseitige strikte Ablehnung aller Vorlagen und Entwürfe der Verwaltung geben.

Die Hauptforderungen, die wir an den Landtag stellen, sind die Umgestaltung der Arbeiterausschüsse, die so vollzogen werden muß, daß sie ein Mitbestimmungsrecht bei allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen haben und die Einführung der Tagelohnarbeit. Beseitigung der Affordarbeit ist der Wahlspruch, mit dem wir in den Kampf ziehen. Die Versammlung spendete bei offenem Versfall. Disjunktion fand keine statt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Konstatierung des einmütigen Einverständnisses der Anwesenden mit dem Redner.

Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen, Arbeiter und Arbeiterinnen des Transportgewerbes!

Heute Abend spricht in einer

öffentl. Wählerversammlung

im Saal 3 der Brauerei Schenck Arbeitersekretär, Landtagsabgeordneter Richard Wittinger über

„Die Bedeutung der bevorstehenden Krankenkassenwahlen“

Die Wichtigkeit der kommenden Krankenkassenwahlen macht es jedem Kollegen und jeder Kollegin zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die freigeordnete Gehilfen-, Angestellten- und Arbeiterkassen muß schon durch einen Massenbesuch dieser Versammlung zeigen, daß sie nicht gewillt ist, den Gegnern das Schlachtfeld zu überlassen.

Auf denn in die Versammlung!

Veranstaltungen.

Im Colosseum beginnt heute Dienstag, 16. Dezember, ein vollständig neues Programm. Sämtliche Nummern des Programms sind neu für Karlsruhe und da jede einzelne Nummer ein Schlager für sich ist, so dürfte das Programm nicht verfehlen, seine Anziehungskraft auszuüben. Die einzelnen Nummern sind aus dem heutigen Inserat ersichtlich. Eine besondere Aufmerksamkeit dürfte das Gastspiel von „Der weibliche Caruso“ auf sich lenken, desgleichen die „Arrigoni-Truppe“, die süßen Luftgymnastiker am fliegenden Trapez.

Letzte Nachrichten.

Ortskrankenkassenwahl in Pforzheim.

Das Ergebnis ist folgendes: Stadtteil Brödingen 652 Stimmen, Stadtteil Dillweiden 117, „Germania“ 587, Ortskrankenkasse 1, Wahlauschuß 1701, 2. Wahlauschuß 1714, „Europäischer Hof“ 2315, „Brautstuhl“ 2620, Mädchenschulhaus an der Calver-

straße 1. Wahlauschuß 1132, 2. Wahlauschuß 620, Zeichenschulhaus in Reuchlinsschulhaus 2375, „Bürgerbräu“, erster Wahlauschuß 1151, 2. Wahlauschuß 1307, zusammen 16 291 abgegebene Stimmen.

Von den Wählern ist das Resultat noch nicht bekannt, da die Akten hierüber dem Vorstand geschlossen zugehen. Schätzungsweise dürften zirka 1000 Stimmen in Betracht kommen. Die genauen Feststellungen werden in der am Mittwoch stattfindenden Vorstandssitzung ermittelt.

Lodesfall.

Dresden, 15. Dez. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Niem, Vertreter des Wahlkreises Großschönau, ist im Alter von 47 Jahren gestorben.

Protektbewegung in Italien.

Rom, 15. Dez. Die Sozialdemokratie protestiert durch ein Manifest im ganzen Lande gegen das Vorgehen der Kammermehrheit, das die extreme Linke systematisch von der Mitarbeit ausschließt und so eine Sanierung des politischen Lebens verhindert.

Oesterreichische Flottenrüstungen.

Wien, 15. Dez. Im geirigen gemeinsamen Ministerrat wurde das neue Flottenprogramm prinzipiell genehmigt. Die Marineleitung beantragt für die Erneuerung des Schiffsparques einen Betrag von 426 Millionen Kronen, mit welchem Betrage vier U-Boote, drei bis vier Kreuzer und eine Anzahl sonstiger Flotteneinheiten beschafft werden sollen. Es verläutet, daß die angeforderte Summe auf fünf Jahre verteilt werden soll.

Streit händischer Angestellter.

London, 14. Dez. In Leeds hat ein Streik der städt. Angestellten, der am Donnerstag begann, sich ausgedehnt, sodaß heute 5000 ausständig werden. Ein Teil des Straßenbahndienstes ist eingestellt. Die Arbeiter der städt. Gasanstalten und die Laternenanzünder streifen ebenfalls. Man befürchtet, daß auch die elektrische Beleuchtung eingestellt werden wird.

Vereinsanzeiger.

K. Mühlburg. (Bruderbund.) Heute Dienstag Abend Zusammenkunft der Herren Sängler im „Dragoner“, Mühlburg, zwecks Übung. Vollständige Beteiligung Ehrensache. 6029

Durlach. (Freie Turnerschaft — Sektion Vorwärts.) Unseren werten Turngenossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Lokal zum „Lamm“ unsere ordentliche Generalversammlung stattfindet. Etwaige Anträge sind spätestens bis kommenden Freitag bei unserem Vorstand Karl Ball, Schloßstraße 7, einzufenden. 6027

Durlach. (Naturfreunde.) Der Volksversammlung wegen findet unsere Mitgliederversammlung nicht am Dienstag, den 16. Dez., sondern Donnerstag, 18. Dezember, im Lokal zum „Lammbräu“ statt. 6028

Durlach. (Sozialdem. Bürgerauschlußfraktion.) Mittwoch, den 17. Dezember, abends halb 9 Uhr, im „Darmstädter Hof“ Fraktionsitzung. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Verantwortlich: Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inserate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Moderne Weisse und farbige
Tisch-Decken Tee-Gedecke

Carl Glaser
27 Zirkel 27

Leinen- und Baumwollwaren
Altsächsische Leinen-Gewebe

Betten- u. Ausstattungs-Geschäft
Spezial-Haus für
Bettwäsche * Tischwäsche * Küchenwäsche
Sämtliche Stoffe für Leibwäsche

Waschstoffe für Hauskleider u. Schürzenzeuge

Steppdecken Haus- u. Zierschürzen Taschentücher, Leinen u. Batist
Kamelhaar- u. Wolldecken in allen Preislagen. :: Weisse Schürzen :: :: Echte Madeira-Tücher ::
Mitglied des Rabatt-Spar-Vereins. 6017

Während des Weihnachts-Verkaufs ist mein Geschäft auch Sonntags von 11—6 Uhr geöffnet.

Otto Kraft
Uhren und Gold-
waren-Geschäft
Gegründet 1900
Karlsruhe - Mühlburg
Rheinstraße 32.

Taschen-Uhren
in Gold, Silber, Metall
mit einfachen bis feinsten
Werken.

**Wecker- und Wand-
Uhren** in mod. Formen.

Trauringe
in verschied. Fassons,
Gewicht u. Feingehalt.

Bijouterie
Broschen, Ringe, Ohr-
ringe, Herren- u. Damen-
ketten billig,
Manschettknöpfe etc.

Bitte meine Schan-
fenster zu beachten.

Reparatur-Werkstätte
für Uhren, Goldwaren und Optik.

**Auf den Winter braucht
man Kleider, Schuhe,
Stiefel usw.**

Wenn Sie schnell zu **Friden-
berg** laufen, 6012
können Sie alles billig kaufen,
Da finden Sie so mancherlei,
und sparen sehr viel Geld dabei.

Fridenberg,
Markgrafenstraße 17.

Jeder Dame,
welche ihr ausgefallenes Haar
einendet, fertige schöne **Fris-
uren**, **Haarketten**, **Haarver-
arbeiten** usw. billig an. Defekte **Haar-
arbeiten** repariere billig.

Karl Mösch, Friseur
Aue bei Durlach, 3622.

**Dilettanten-
Werkzeuge**

Hobelbänke
Werkzeugkasten
Laubsägekasten
Lötapparate 6018
in größter Auswahl — billigste Preise

**J. Bähr, Eisen-
waren**
Waldstraße 51.
Rabattmarken.

**Verkaufe und
Kaufe** fortwährend neue
und getragene
Herrenkleider, Schuhe, Stiefel,
blaue Arbeitsanzüge, gebr. Uhren,
Waffen, Gold und Silber,
Perlmutter, Jagdgebiße, Pfand-
scheine, Möbel, Reisekoffer.

**Erstes größtes An-
u. Verkaufsgeschäft Levy**
Markgrafenstr. 22. Tel. 2015.

Gänselebern
werden fortwährend angelauft.
G. Meck, geb. Stürmer,
Erbrüngenstr. 21, 2. Stod.

Gänselebern
werden fortwährend angelauft.
Ablerstr. 28, Seitenbau, dort,
gegenüber der „Porzellan-
fabrik“.

Fast neue, wunderschöne
Einrichtung

bestehend aus 2 Betten, Waschkommode mit Spiegelauflage, Schrank, Tisch, Stühle, Silber etc., sowie komplette Kücheneinrichtung äußerst billig zu verkaufen.

Karl Kreis 6014
Morgenstraße 22, 2. Stod.

Divans. 6789
Große Auswahl in neuen **Möbel-
Divans** v. 35 u. 40 M. an, hochf.,
mod. Dessins v. 55 M. an. (Keine
Fabrikware.) **Sehe extra noch**

10% Rabatt
bis Weilin. Bez. -Vorkommnisse:
haus Köhler, Schützenstr. 25.

Rucksäcke 6009
Gamaschen
Hosenträger

Große Auswahl.
Billigste Preise.

Kofferhaus
Geschw. Lämmle
51 Kronenstraße 51
Rabattmarken.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Gehaufgebote. Friedrich Fischer von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Elise Wolf-Friedrich von hier. — Aug. Kaiser von hier, Fabrikarbeiter hier, mit Caroline Schreiber von Lautenbach. — Josef Wellheier von hier, Laborant hier, mit Franziska Stöber von Oberweier. — Friedrich Kupferschmid von Edolphheim, Schuhmann in Mannheim, mit Anna Reindorfer von hier. — Albert Siler von Großweier, Bahnarbeiter hier, mit Helene Reith von Gildmannsfeld; Verhölz Fraulin von Zell a. S., Gerichtsbesitzer hier, mit Johanna Wendler von Wolfach; Christian Enderle von Weingarten, Tagelöhner hier, mit Pauline Witz Witwe von hier. — Heinrich Fleichmann von Pforzheim, Kaufmann hier, mit Hedwig Klapp von Löwenstein. — Bernhard Gehringer von Pforzheim, Wagenführer, mit Marie Gantner von Steinbach.

Gehelichungen. Theodor Fackel von hier, Kaufmann hier, mit Elisabeth Schilling von hier. — Julius Stöcker von hier, Schuhmacher hier, mit Barbara Badler von Gildmannsfeld. — Rich. Feilerstein von Weingarten, Tagelöhner hier, mit Anna Drumm von Weingarten; Otto Pfeifer von hier, Tagelöhner hier, mit Marie Sacker von Weingarten. — Friedrich Pfleger von Stuttgart, Metzger hier, mit Marie Kunz von hier. — Heinrich Lipp von Weingarten, Schiffsbesitzer hier, mit Verla Richter von Weingarten. — Franz Feuchter von hier, Maschinenformner hier, mit Martha Seeger von Pforzheim. — Karl Mayer von hier, Tagelöhner von hier, mit Frieda Daub von Singheim.

Pfannkuch & Co.

Süd- und Dessert-Weine

Samos Muskat	1/4 Fl.	90	60
Roter Malaga		1.20	70
Malaga, fein alt * mit Schutzmarke		1.50	85
Malaga, ganz alt * m. Schutzmarke		2.40	130
Gold Sherry		1.20	70
Sherry Gold (Marke Pico)		1.60	85
Taragoner (alter roter Süsswein)		1.20	70
Portwein (Rodrigues & Co., Oporto)		1.60	85
Kochwein (feiner alter, früher Kochmadeira)		1.20	70
Madeira (Leacock & Co., Madeira)		1.60	85
Medizinwein (Lutroter)		1.20	—
Griech. Medizin.-Ausbruch ca. 1/4, 1 1/2, 3		1.50	80

Pfannkuch & Co.

PELZE

darunter einzelne Musterstücke zu jedem annehmbaren Gebot

Wilhelmstr. 34.

Keine Ladenspeisen. 5972

Heberzicher färbt & S.

Herren-Anzüge 3.50

Damenkleider 3.—

Färberei Firnrohr Kaiserstraße 28. 5955

Email-Herd

noch neu, billig z. Verkauf. Zu erfr. Baumeisterstr. 38 part. 5925

Pfannkuch & Co.

Preiswerte Liköre

Pfefferminz	1/4 St. Fl.	1.—
Anis	1/4 St. Fl.	60
Rümmel		60
Vanille	1/4 St. Fl.	1.25
Ruß		1.25
Bergamott		1.25
Hamburger Tropfen	1/4 St. Fl.	70
Wachholder		70

Sämtl. übrigen Liköre und Spirituosen in reichster Auswahl.

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Udeal.

Praktische **Weihnachts-Geschenke**

Grösste Auswahl in 6010

Barometern, Thermometern, Theatergläsern, Feldstechern und allen optischen Gegenständen.

Spezial-Abteilung: Lehrmittel

Dampfmaschinen, Eisenbahnen, Kinematograph, Laterna magica, Elektrische Artikel.

Emil Willer, Optische Anstalt.

Kaiserstr., Ecke Lammstr., nächst Myrktpl.

Bekanntmachung.

Die Herren Mitglieder des Bürgerausschusses beehrt ich mich zu einer öffentlichen Versammlung auf Dienstag, den 16. Dezember ds. Js., nachmittags 5 Uhr, in den großen Ratssaal einzuladen.

Tagesordnung:

- Verkauf von Gelände am Rheinhafen (Vorlage 75).
- Einrichtung einer Gefrieranlage im Schlachthof und Abendungen im alten Teil der Schweinemarkthalle im Viehhof (Vorlage 76).
- Gewährung von Darlehen an Hauseigentümer zwecks Einrichtung der Schwemmanfaltung, Wasserleitung und Gasleitung (Vorlage 77).
- Gleis- und Weichenanlagen in der Sossell- und Rhein-Straße und Pflasterung der Rhein-Straße zwischen Harb- und Markt-Straße (Vorlage 78).
- Anlage von Kleingärten im „Dammerstod“ (Vorlage 79).
- Bau eines Doppelschulhauses am Tulla-Platz (Vorlage 80).
- Umbau des Tiergartenwegs (Vorlage 81).
- Herstellung der Karl-Straße zwischen Kant- und Schneier-Straße (Vorlage 82).
- Verkauf von Gelände im Bannwald an die Firmen Karlsruhe Industrie-Gesellschaft m. b. S. und Karl Weg (Vorlage 83).
- Ankauf des Grundstücks Lq. Nr. 9094 (Vorlage 84).
- Umbau des Torhäuschen am ehemaligen Mühlburger Tor (Vorlage 85).
- Preisstatut für die Handelsschule (Vorlage 86).
- Abtragung des Eisenbahndammes längs des Beierheimer Wäldchens (Vorlage 87).

Karlsruhe, den 4. Dezember 1913.
Der Oberbürgermeister: Siegrist. Lacher.

Gold- und Silberwaren 5774

Trauringe

fugenlos in allen Preislagen empfiehlt

Juweller **Friedrich Abt** Goldschmied

4 Waldstrasse 4

Achtung!

Neuer 1913er Rot- und Weisswein von vorzüglicher Qualität eingetroffen.

Ferner verkaufe ich infolge günstigen Einkaufs vom 13. bis 24. Dezember inkl.

Malaga per 1/4 Ltr.-Flasche **1.10**

Malaga offen per Liter **1.20**

Jaime Miro

Weingrosshandlung 5927.4

Rüppurrerstrasse 14, Durlacherstrasse 38, Gerwigstrasse 20.

Mühlburg: Rheinstr. 45, Schillerstr. 23, Ludwigshafen und Würzburg.

Waldstr 16/18. **Colosseum.** Telephon 1938.

Direktion: Gust. Kiefer.

Ab heute Dienstag den 16. Dezember 1913 das sensationelle Weihnachtsprogramm vom 16. bis 31. Dez. 1913. Zum erstenmale hier! **The Arrigonis-Truppe.** Die kühnen Luftgymnastiker am fliegenden Trapez. — **Hanna Cornelsen.** Soubrette. — **The Vesp. Americos.** Neueste Schleuderbrett-Combination. — Gastspiel! **Der weibliche Caruso.** Zum erstenmale in Deutschland. — **Royal Boys.** Amerikanische Tänzer. — **Polly-Jack-Jolly.** Novelty-Akt. — **Busch.** Karikaturen-Zeichner. — **Ein Skandal im Restaurant.** Eine humoristische Komödie, dargestellt von **John Barley,** deutsch-amerik. Verwandlungsschauspieler. — **Lichtspiele,** jeden Samstag Programmwechsel.

Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Nur noch bis 17. Dezember verkaufe ich billig:

Herren-, Damen- und Kinderwäsche, Schürzen aller Art, Handtücher, Spitzenstoffe, wollene und seidene Kopftücher, Korsetts, Taschentücher, ein Posten Schnittwaren zu Kleibern, Blusen, für Bettbezüge, Tischstoffs, Vorhangstoff, weiß und creme, Tischdecken, Wagentecken, Unterwäsche, Pferdebedeckn.

Wablener, Auktionator.

Rüppurrerstrasse 20.

Danksaagung.

Die Bierbrauerei A. Brink hier hat mir zur Verteilung an verschiedene mir näher bezeichnete Wohltätigkeitsanstalten die Summe von 700 Mark überreicht, wofür ich namens der Besagten herzlichst danke.

Karlsruhe, 15. Dezember 1913.

Der Oberbürgermeister: Siegrist. 6015

Billig! Billig!

Empfehle

Nordd. Wurst-Waren

Kolli 9 Pfund zu Mk. 10.75

enthaltend nur beste und haltbare Ware

feinsten Rostschinken, feinsten Blockwurst oder Salami, feinsten Braunschweiger Mettwurst, Thüringer Rotwurst, beliebte Ware, Westfälische Delikateß-Leberwurst, Sarzer Bauernleberwurst, Braunschweiger Delikateß-Rotwurst

Preisliste franco. Prompter Versand.

Norddeutsche Wursthalle

Karlsruhe, Georg-Friedrichstraße 32.

B. Kölling. 5897

Sämtliche Bedarfsartikel zur Weihnachtsbäckerei in frischer Ware empfiehlt

Carl Bösch, Körnerstraße 26, Ecke der Goethestraße.

Gliederreißen! ff. **Safel-Aepfel**

Rein australisches Eucalyptusöl „Bonus“ a Mk. 1.00. sind billigst zu Marktpreisen zu haben.

Drog. O. Mayer, Wilhelmstr. 20. Schillerstraße 18. 6028

Pfannkuch & Co.

Spanischer Rotwein

offen, Liter **70** Pfg.

1/4 Liter-Flasche **85** Pfg. mit Flasche.

Spanischer Weißwein

offen, Liter **70** Pfg.

1/4 Liter-Flasche **85** Pfg. mit Flasche. 5968

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Gebrauchte Musikinstrumente

Grammophone
Zithern
Violinen
Mandolinen
Klarinetten
Harmonika
Dobsonium
Blasinstrumente

sind billig zu verkaufen

An- und Verkaufsgeschäft!

Levy

22 Markgrafenstr. 22.

Billige polierte Möbel.

Mehrere einzelne kompl. engl. Betten von 58 Mk. an, Nachttisch mit Marmor 14 Mk., Waschkommode 28 Mk., Bettsofa mit Spiegelglastisch 45 und 48 Mk., doppelter Spiegelkranz 55 Mk., Gipsfontäne von 38 Mk. an, sowie selbstgearbeitete Polstermöbel und Kleimmöbel in jeder Preislage im Möbelgeschäft Sofienstr. 85. 5670

Hausverkauf.

Schönes 4-Zimmerhaus, in der Altstadt gelegen, ist um den billigen Preis von 27 500 Mk. mit geringer Anzahlung zu verkaufen.

Offerten unter Nr. 5874 an die Expedition ds. Bl.

Pfannkuch & Co.

Rotwein

guter Tischwein

offen, Liter **85** Pfg.

1/4 Liter-Flasche **1.00** Mk. mit Flasche

Weißwein

guter Tischwein

offen, Liter **85** Pfg.

1/4 Liter-Flasche **1.00** Mk. mit Flasche.

Schaumweine

in 1/4 und 1/2 Flaschen billigst. 5968

Pfannkuch & Co.

G. m. b. H. in den bekanntesten Verkaufsstellen

Extra billige Weihnachts-Preise
für sämtliche
Damen- und Kinder-Konfektion

Kostüme, in blau und schwarz . . von **17.50** an
Kostüme, englische Stoffarten . . von **12.50** an
Paletots aus gemusterten Stoffen . . von **7.50** an
Paletots aus einfarbigen Stoffen . . von **9.50** an

Bedeutend unter Preis!

3 Posten **Winter-Paletots** reine Wolle, 135 cm lang, einfarb. u. gemusterte Stoffe **21.50 32.50 45.—**

Erbprinzenstr. 31

M. Schneider

Ludwigsplatz.

6011

Erklärung.

Die Milchproduzenten-Genossenschaft Karlsruhe und Umgebung erklärt hiermit, daß die Milch nicht unter 18 Pfg. franko Karlsruhe — was einem Preis von ca. 15/17 Pfg. ab Stall entspricht — produziert werden kann und daß sie deshalb an dem 18 Pfg.-Preis festhalten muß.
Wenn die Milchhändler bereit sind, auf einen Teil ihres bisherigen Verdienstes zu verzichten, so begrüßen wir das und überlassen es ihnen gerne, den Verkaufspreis in der Stadt festzusetzen. Wir müssen aber an unserem Beschluß der General-Versammlung mit dem Milchpreis von 18 Pfg. festhalten, da andernfalls die Landwirte gezwungen wären, die Milchproduktion einzuschränken, was sicher in kurzer Zeit eine noch höhere Preissteigerung zur Folge hätte. Dies wäre aber weder im Interesse der Landwirte noch der Milchkonsumenten in der Stadt gelegen.

**Milchproduzenten-Genossenschaft
Karlsruhe und Umgebung.**

**Ein Mahnwort an unsere
Hausfrauen!**

Wer sich die Frage vorlegt, wo kaufe ich am **besten** und doch **billig** der darf nur im **Spezialgeschäft** seine Einkäufe machen.

Jedes Spezialgeschäft muss bestrebt sein, seine Kunden **aufmerksam u. fachmännlich** mit Rat und Tat zu unterstützen, weil **das Spezialgeschäft**

den grössten Wert darauf legt, nicht nur zu verkaufen, sondern auch seine Kunden zufrieden zu stellen.

Jedem Käufer ist dadurch gewährleistet **nur beste und tadellose** Waren bei grösster Preiswürdigkeit zu erhalten.

Das Spezialgeschäft braucht keine forcierten Angebote, die **Güte** seiner Waren sind seine **Reklame.**

Prüfen Sie selbst unsere Worte durch ihre **Einkäufe** in den Spezialgeschäften. 5993

**Die Vereinigung
von Detailisten
in Karlsruhe (E. V.)**

Käse-
Abschlag!

**Reichener
Rahmkäse**

bei ganzem Laib **60** Pfund
im Aufschnitt **65** Pfund

**ff. Limburger
Stangenkäse**

bei ganzem Laib **35** Pfund
im Aufschnitt **40** Pfund

**ff. bayerischer
Münsterkäse**

bei ganzem Laib **75** Pfund
im Aufschnitt **80** per Pfund

**Feinster
Emmentaler
Käse**

1.20 Pfund bei

Bucherer

in sämtl. Filialen.

Schuhreparaturen werden und in lauberer Ausführung bei bestem Material ausgeführt. 5857
H. Löbel, Körnerstraße 22.

Pelze

**Echte
Reelle
Gute**
Beste eigene Kürschnerarbeit unbedingt am **billigsten** direkt bei 5724

Zeumer
Kaiserstr. 125/127.
Einzig dastehende enorme Auswahl.
Fachmann. Bedienung.
Von jetzt bis Weihnachten **Sonntags** geöffnet.



Haar-Velourhüte von **6.50** bis **18.—**
Woll-Velourhüte von **3.—** bis **4.—**
Steife und weiche
Herren-Filzhüte 5904

Hermann Rinkler, Hut-Grosshandlung
Telephon 3103. 38a Schützenstrasse 38a. Rabattmarken!

Arbeitsamt
Arbeit suchen:
Kellner, Kellnerinnen, Köche, Zwilftrauen, Wasch- und Putzfrauen.
Aufträge erbeten an das **Städt. Arbeitsamt**
Zähringerstraße 100 II.
Telephon 949.

Als praktische Weihnachts-Geschenke empfiehlt
Zigarren
in 50 Stück- u. 100 Stück-Packung in billigen und höheren Preislagen sowie saub. Aufmachung 5846 die **Zigarren-Fabrik Carl Wenner, Ave.**

Schirme,
Herren-, Damen- u. Kinderschirme, in Halbseide und Seide, Stoffschirme in Seide.

Puppen,
feingelebete und ungeliebete, Ledergetelle, Brummkäse, Eskimos,
Zigarren
in nur best. Qualitäten billig zu verkaufen. 6032

Auktionsgeschäft
S. Madlener,
Rüppurrerstraße 20.

Partei-, Gewerkschaftsgenossen :: Freunde der Arbeitersache :: **rauchen** 4282
TAG-GEN Zigaretten
2 — 2 1/2 — 3 — 4 — 5 Pfg.
Tabakarbeiter-Genossenschaft E. G. m. b. H. — Stuttgart.
Zu haben in Zig.-Geschäften
Töpfer, Rüppurrerstrasse 10,
und **Josef Brehm**
In Durlach: **Otto Hoffmann.**

C. Reinholdt Sohn

Inh.: Harry Koch 5921
Kaiserstrasse 161
Telephon 1217 Gegründet 1775

**Uhren, Pendules, Hausuhren
Uhren-Armbänder
:: Trauringe ::
Juwelen :: Goldwaren**

Reparaturen von Uhren und Umarbeitung von Schmuck etc. werden in eigener Werkstätte **Rabatt-Marken** ausgeführt. **Rabatt-Marken**

Billig abzugeben wegen Platzmangel: groß. Kinder-Spielzeug, 4 M., verschied. Kinder-Spielzeug, fast neues Deckbett, Petroleum-Ofen, schön. Waschtisch 6 M., schön. Kinderliegewagen (Grenador) mit 2 Griff., Damentailenunterkleid, Größ. 46, 6 M., schön. Kostümrock, Blusen, Blüschtblan, Schiffsonniere, 2 ffr. neue engl. Bettstellen Patent-Ofen, 1 groß. fast neuer Stammophon 25 M., Kirchsbaum-Schreibsekretär 45 M., 6028
Adlerstr. 17, eine Treppe hoch.
Weihnachtsverkauf
Damenkostüme **13.—** an
Damenpaletots „ **4.50** „
Kostümrode „ **2.50** „
Unterröcke, Blusen **0.95** „
Capes **flamend billig**,
Salltücher, Regenschirme
Wilhelmstr. 34, 1 Tr.
Keine Ladenbesuche. 5971

Bucherer
empfiehlt
Bündel-Holz
große Bündel **10** „
25 Bündel **2.25** „
Briketts
7 Stück **10** „
Zentner **1.20** „
Bügelkohlen
2 Pfd.-Palet **14** „
10 Palet **1.35** „

Bucherer
in sämtl. Filialen.
Ziehungslisten 3. Klasse sind eingetroffen und mit den neuen Losen 1/4 Klasse zu haben, für bisherige Spieler sind gebaltene Nummern noch reserviert, für neue Spieler sind weitere Lose verfügbar 6033
1/2 1/4 1/2 1/4
5.— 10.— 20.— 40.—
pro Klasse.
Ludwig Götz,
Großh. bad. Lotterievernehmer,
Gebelstr. 11 am Rathaus.
Divan, gut gearbeitet, für 38 M. zu verkaufen.
Tapezier-Geschäft **Ochner,**
Rüppurrerstr. 23. 6012
Laubfägemaschine billig zu verkaufen.
Morosentr. 22. 4. St. links.